

Nr. **2** Juli '96

# RUNDBRIEF

DREIGLIEDERUNG DES  
SOZIALEN ORGANISMUS

## **Regionale Selbstverwaltung**

**Weitere Themen: Löhne sind keine Kosten -  
Freiheit im Bildungswesen - Zusammenarbeitsfor-  
men in der Naturkostszene - Berichte - Termine**

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE > NETZWERK DREIGLIEDERUNG

## Inhalt

Editorial / Zur finanziellen Situation / Notiert .....	S. 2
Regionale Selbstverwaltung - von der Idee zur Wirklichkeit - Bericht (Christoph Strawe) .....	S. 3
Löhne sind keine Kosten (Udo Herrmannstorfer) .....	S. 8
Notizen und Berichte .....	S. 9
Nachruf auf Dieter Brüll .....	S. 9
Was darf Bildungsfreiheit kosten? (Klaus Schickert) .....	S. 10
Zusammenarbeitsformen in der Naturkostszene am Beispiel Luxemburgs (Änder Schank) .....	S. 12
Verschiedenes .....	S. 18
Ankündigungen und Termine .....	S. 19
Nachtrag zur Debatte um den Demokratiebegriff (Rainer von Zastrow) .....	S. 21

## Impressum:

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe und Dipl. Pol. Volker Stubel. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2368950, Fax: 0711-2360218. Es erscheinen in der Regel vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr DM 30,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bei Beiträgen zum Kostenausgleich der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ werden, soweit keine gesonderte Überweisung für den Rundbrief erfolgt, DM 30,- auf den Rundbrief angerechnet.

## Editorial

*Christoph Strawe / Volker Stubel*

Wer für soziale Erneuerung arbeiten will, darf weder bei der bloßen Analyse sozialer Mißstände und theoretischen Entwürfen einer sozialen Zukunft stehenbleiben, noch darf er in blinden Aktionismus verfallen. Nur der aus Erkenntnis Handelnde kann sozial fruchtbar wirken. In der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ wurde deshalb immer nach beiden Richtungen hin gearbeitet: Wir haben versucht, praktische Ansätze wahrnehmbar zu machen und zu fördern. Wir haben aber auch immer wieder an den sozialen Erkenntnisfragen gearbeitet. Der „Rundbrief“, die Treffen und Seminare, sollten dazu beitragen, Tendenzen der Zeit zu verstehen und konzeptionelle Fragen einer Umgestaltung auf verschiedenen Lebensfeldern aufzugreifen. In ähnliche Richtung gehen auch die Fortbildungsinitiativen, an denen verschiedene „Netzwerker“ beteiligt sind. Allein seit Beginn dieses Jahres wurden dabei wieder eine Vielzahl von Themen neu aufgegriffen: Neue Entwicklungen und Möglichkeiten in der Kommunalpolitik. - Die Frage nach dem Verhältnis von Waldorfschule und Dreigliederung des sozialen Organismus, besonders unter dem Gesichtspunkt der Elemente einer Sozialerziehung im Unterricht. - Die

Frage der Qualitätssicherung in selbstverwalteten Einrichtungen. - Das Verhältnis von Astronomie, Embryologie und Sozialwissenschaften. - Die Frage nach der regionalen Selbstverwaltung. Dieses zuletzt genannte Thema war Gegenstand eines Seminars der Initiative „Netzwerk“ im Mai in Frankfurt/Main. Der Bericht über dieses Seminar bildet den Schwerpunkt dieses Heftes, in dem außerdem über Debatten zur Bildungsfreiheit und neue Vermarktungsformen in der Naturkostszene berichtet wird. Auch die vorstehend genannten Themen werden sich in weiteren Nummern des Rundbriefs sicherlich noch niederschlagen.

## Zur finanziellen Situation - Bitte um weitere Kostenausgleichsbeiträge

An Kostenbeiträgen für den Rundbrief und Beiträgen zum Kostenausgleich sind bis Ende Juni 1996 knapp 40.000,- DM eingegangen. Im Etat 1996 hatten wir Kosten in Höhe von 54.500,- DM eingeplant. Zur vollen Deckung fehlen also noch DM 14.500,-. Bei einer Zahl von ca. 200 Kostenausgleichern käme dieser Betrag zusammen, wenn jeder noch 70,- DM (ganz genau gerechnet 72,50 DM) aufbringen würde. Da nicht alle Freunde dazu in der Lage sein werden, wäre es schön, wenn der eine oder andere dafür noch etwas mehr beisteuern könnte. Allen, die bisher schon beigetragen haben und allen, die jetzt noch einmal helfen möchten, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön!

## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen<sup>1</sup>

*Volker Stubel*

Bei einer Brandkatastrophe im Düsseldorfer Flughafen erstickten 16 Menschen im Qualm, über 60 wurden zum Teil schwer verletzt. + + + Krieg zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz: Bei einem Granatenangriff der israelischen Armee auf einen Stützpunkt der UN im Libanon starben über 100 Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder. + + + Nach einem im April veröffentlichten Umweltbericht der Vereinten Nationen sterben jeden Tag bis zu 200 Tier- und Pflanzenarten aus: verursacht allein durch den Menschen. Das Ozonloch über der Antarktis entspricht inzwischen in etwa der Fläche der USA. Aufgrund der Bodenerosion sind in Europa seit 1945 rund 23 % der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche unbrauchbar geworden, in Afrika und Asien über 20 %. In der Bundesrepublik Deutschland haben sich erst zwei Prozent der Bauernhöfe auf ökologischen Landbau umgestellt. + + + Auf einer Fachkonferenz des Europäischen Parlaments zur Wirtschaftskriminalität erklärte der Präsident Hänsch: „Subventionsbetrug in der EU ist lukrativer als Heroinhandel.“ Die Europäische Union bietet mit ihrem Vorschriften-Wirrwarr (allein im Agrarmarkt erläßt die EU pro Jahr rund 4.000 Vorschriften), labyrinthischen Subventionskanälen und trägt nationalen Verwaltungen der internationalen Kriminalität „erstklassige Gewinnchancen“. + + + Ungeachtet der Proteste und der scharfen Kritik von Gewerkschaften („Bündnis

<sup>1</sup> bis 5.7.96.

gegen Arbeit“), Opposition und Sozialverbänden haben die Spitzen der Bonner Koalitionsparteien CDU/CSU und FDP ihr Sparpaket beschlossen. Unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) billigten sie unter anderem scharfe Einschnitte bei der Lohnfortzahlung, beim Kündigungsschutz, bei Renten und Krankenkassenleistungen. Bis zu 50 Milliarden DM sollen dadurch eingespart werden. +++ Der Zusammenschluß der Bundesländer Berlin und Brandenburg zu einem gemeinsamen Land scheiterte bei einer Volksabstimmung. Eine geglückte Fusion wäre Auftakt gewesen für eine bundesweite Diskussion über eine Neuordnung des Föderalismus in Deutschland mit dem Impetus der Verschmelzung weiterer Länder. +++ Unter heftigen Bürgerprotesten wurde deutscher Atom Müll aus Frankreich in das „Zwischenlager“ Gorleben gebracht. Die Polizei hatte ihren größten Einsatz in der Geschichte der Bundesrepublik, die Kosten wurden auf annähernd 50 Millionen DM geschätzt. An die einhundert weitere Transporte sind geplant. Zu Gewalttätigkeiten kam es sowohl von Seiten der Polizei als auch von Demonstranten. +++ Zum ersten Mal seit den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und Tokio nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann in Den Haag ein Prozeß vor einem internationalen Gerichtshof gegen einen bosnischen Serben. Weitere Prozesse vor dem Tribunal gegen mutmaßliche Kriegsverbrecher aus dem ehemaligen Jugoslawien sollen folgen. +++ Südafrika gab sich eine neue Verfassung mit einem Grundrechtskatalog. +++ Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe billigte den Asyl-Kompromiß und bestätigte damit die Grundgesetzänderung von 1993, die wesentliche Einschränkungen des Asylrechts zur Folge hatte. +++ Nelson Mandela, Präsident von Südafrika und Friedensnobelpreisträger, besuchte die Bundesrepublik Deutschland. +++ Schwere Zerwürfnisse

zwischen Großbritannien und der Europäischen Union: ausgelöst durch ein Exportverbot von britischem Rindfleisch aufgrund der Krankheit BSE, blockierten die Briten aus Protest vielfach Entscheidungen der Union durch ihr Veto. +++ Ungeachtet von Massenfestnahmen und dem Druck des Militärregimes demonstrierten in Burma Tausende Menschen für die Demokratie und zeigten ihre Unterstützung für die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi. +++ Bei den Wahlen zum Amt des Ministerpräsidenten in Israel siegte Benjamin Netanyahu über Shimon Peres. +++ 350.000 Menschen demonstrierten in Bonn auf einer Großkundgebung der Gewerkschaften gegen die Kürzungspläne der Regierung in der Sozialpolitik. +++ Aufgrund einer Resolution des Deutschen Bundestages gegen die schweren Menschenrechtsverletzungen Chinas in dem 1950 annektierten Tibet sagte die Regierung in Peking eine von Außenminister Klaus Kinkel geplante Reise ab. +++ In allen deutschsprachigen Ländern werden ab 1998 neue Rechtschreiberegeln eingeführt. Die Kosten allein in Deutschland für die Überarbeitung der Schulbücher und Unterrichtsmaterialien belaufen sich auf 300 Millionen DM. +++ Stichwahlen für das Präsidentenamt in Rußland zwischen Boris Jelzin und dem kommunistischen Kandidaten Gennadij Sjuganow. Jelzin gewann die Wahl mit 53,7 %, Sjuganow erreichte 40,4 %. Die Wahl wurde begleitet von Gerüchten über einen schlechten Gesundheitszustand Jelzins. Zu einer Schlüsselfigur der weiteren Entwicklung wurde General Lebed. +++ General Ratko Mladic und Serbenführer Radovan Karadzic wurden in Abwesenheit als Kriegsverbrecher wegen des Massakers von Srebrenica vor dem UN-Tribunal in Den Haag angeklagt. Bei dem Massaker im Juli 1995 wurden zwischen 5.000 und 8.000 Moslems ermordet.

# Regionale Selbstverwaltung - von der Idee zur Wirklichkeit

*Zu diesem Thema fand am 12. Mai ein Seminar der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ in Frankfurt statt. Einleitende Referate hielten Udo Herrmannstorfer (Region und Staat), Prof. Harald Spehl (Die Region als sozialer Gestaltungs- und Lebensraum) und Dr. Wolfgang Ullmann, führender Vertreter der Umbruchbewegung in der DDR (Initiative „Frieden und Menschenrechte“), Mitglied des ersten Deutschen Bundestages nach der Vereinigung und heute Mitglied des Straßburger Europa-Parlaments (Bündnis 90/Die Grünen). Sein Thema: Was kann ein „Europa der Regionen“ heißen? Im folgenden habe ich versucht, wesentliche Gesichtspunkte der Referate und des Gesprächs zusammenzufassen.*

*Christoph Strawe*

## Region und Staat

„Staat“ ist dem Wesen nach eine Rechtseinheit bzw. Rechtsgemeinschaft. Als solche ist er eine Erscheinung der neueren Zeit: In der Vergangenheit gab es „Reiche“, Volkslebensräume. Für den Bewußtseinszustand der Vergangenheit spielte das Individuelle eine untergeordnete Rolle, es dominierte das Gruppenhafte. Mit dem Zerfall der alten Gruppen werden Herkunftsrechte obsolet. Gegenüber dem Jus sanguinis wird das Individuelle -

in den Allgemeinen Menschenrechten als Grundlage der Gemeinschaften, die eben damit Rechtsgemeinschaften werden, akzeptiert - das neue Verbindende. Bei der Entstehung der modernen Staaten sind Volksräume für die Grenzziehung nicht allein ausschlaggebend, vielfach spielen Machtfragen die entscheidende Rolle. Noch deutlicher ist dies bei den künstlichen Grenzen von Staaten der ehemaligen Kolonialgebiete.

Mit dem Übergang von der Volks- zur Rechtsgemeinschaft tun wir uns vielfach noch schwer, ein Grund für die Ängste vor „Überfremdung“, die heute von rückwärtsgewandten Kräften politisch instrumentalisiert werden. Das Alte klingt heute vor allem in den föderalen Strukturen nach: was ein echter Bayer oder Sachse ist, läßt sich leichter sagen, als was „deutsch“ ist; die BRD ist eine formal-rechtsmäßig definierte Größe. Konstitutiv für die modernen Staaten ist der Schutzgedanke nach außen: ein Staat ist durch seine Grenze „definiert“. In der Schweiz, die überhaupt kein konventioneller Staat, sondern ein Bund autonomer Kantone ist, herrscht erst seit 100 Jahren Freizügigkeit über Kantonsgrenzen hinweg. Äußere Lebensentwicklungen - die Notwendigkeit des Verkehrs, gemeinsame Maße und Gewichte - wirken auflösend auf diese inneren Grenzen, wenngleich die regionale Autonomie immer noch außerordentlich groß ist. Der gegenwärtige „Totalrevisionsbedarf“ der Schweizer Verfassung hängt mit diesem Wachsen des Staates von unten zusammen: der Bund hat nur die Rechte, die ihm von unten gewährt wurden, während andere Staaten von oben nach unten „durchkonstruiert“ wurden. Aber auch in diesen Staaten bleiben innere Grenzfragen, z.B. in Gestalt der „Kulturhoheit der Länder“ oder der Frage nach dem Verhältnis von Bundesrecht, Landesrecht und Kommunalrecht.

Mit dem Entstehen des Staates in der Moderne erwächst die Frage nach den „Grenzen des Staates“ nicht nur als äußere Grenzfrage, sondern als Frage danach, was überhaupt des Staates ist und was der Staat unterlassen sollte, wo seine Wirksamkeit begrenzt werden sollte. Das ist zugleich die Frage nach der Dreigliederung des sozialen Organismus. Der moderne Staat übernimmt zunächst das alte Hoheitsprinzip, nur so, daß schließlich Gottesgnadentum durch Volkesgnadentum abgelöst wird. Das Durchziehen des Staatslebens mit demokratischen Gesichtspunkten ändert aber noch nichts an dem Problem der staatlichen Allzuständigkeit. So ist die liberale Bewegung des 19. Jahrhunderts primär eine Distanzbewegung gegenüber dem Staat; Freiheit erscheint als Freiheit vor dem Staat. Die Sozialstaatsbewegung ruft dann wieder den Staat herein - erzeugt aber damit unser heutiges Bürokratie- und Staatsüberlastungsproblem, das sich immer weiter fortzeugt, allen Verschlankungsforderungen zum Trotz.

Der Staat greift tief in das Leben der Menschen inhaltlich ein. Diese Bestimmung hat aber eine andere Qualität als die Einheitlichkeit der alten Gemeinschaft, die in den Lebenszusammenhängen tief begründet war. In der Moderne, wo der Einzelne seine Selbständigkeit leben will, wird Vereinheitlichung zum Problem, sie wird lebensfeindlich und entwicklungshemmend.

So stellt sich der Regionalgedanke heute als Lebensgedanke gegen die Gespenstigkeit einer abstrakten Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse.

Wir müssen diesen Gedanken allseitig denken: dann umfaßt er nicht nur die Frage nach den geographischen Räumen, sondern auch die Frage nach den „Regionen des sozialen Organismus“. Lebensfreundliche Verhältnisse können nur entstehen, wenn auf die Lebensbedingungen der Kultur und der Wirtschaft Rücksicht genommen

wird.

Das Kulturleben will sich heute pluralistisch gestalten. Nicht was alle wollen, ist maßgeblich, maßgebend ist, daß alles möglich ist, was individuell gewollt wird (von den Kulturschaffenden, den Unterrichtenden usw. auf der einen, von den Kulturempfangenden auf der anderen Seite). Diese vielfältigen Strömungen sind andererseits grenzüberschreitend: eine Montessori-Bewegung, eine Waldorfbewegung usw. sind keine „landsmannschaftlichen“ Erscheinungen, sondern weltweite Bewegungen.

Der Staat müßte an dieser Stelle Einzelnen und Verantwortungsgemeinschaften die notwendigen Handlungsräume eröffnen. Er müßte von dem Gedanken Abschied nehmen, jeweils die beste Lösung für alle anzustreben. Diese „beste Lösung“ kann heute niemals die beste sein. Deshalb müßte der Staat Zulassungshürden demontieren, das RegelungsDickicht lichten, Rechtfertigungszwänge abbauen, kurz, Mündigkeit respektieren und die Räume öffnen, wo sie gelernt und gelebt werden kann, statt sie immer wieder in Frage zu stellen und damit zu verhindern.

Diese Seite des Regionalgedankens wertet die Frage nach dem Verhältnis von geographischen Lebensräumen und Staat nicht ab. Auch hier haben wir heute ein Problem, das z.B. in einer Region wie Basel (Dreiländereck) nur besonders sichtbar wird. Hier brauchen wir eine Integration der Verkehrsverbindungen - selbstverständlich, denn was sollten wir mit drei Flughäfen für die gleiche Region anfangen? Wie kann man erreichen, daß Gestaltungskompetenz vor Ort entsteht und nicht auf umständlichen bürokratischen Umwegen erst eine Abstimmung zwischen Straßburg oder gar Paris, Stuttgart oder gar der Bundeshauptstadt und Bern erfolgen muß?

Das Leben selbst muß handlungsfähig werden! Wirtschaft ist heute von vornherein grenzüberschreitend, weltweite Verbindungen schaffend (weshalb man sie auch als eine weltweite Friedensbewegung betrachtet hat), zugleich verdichtet sie sich zu regionalen Räumen.

Das Gedeihen von Regionen als sozialen Gestaltungs- und Lebensräumen wird heute beispielsweise durch das Sozialstaatsproblem (Inkompatibilität der Sicherungssysteme, unterschiedliche Lohnnebenkosten usw.) und das Steuerproblem behindert (man fragt bei Investitionen nicht: wo ist es regional sinnvoll?, sondern: in welchem Staat ist es steuerlich am günstigsten?). Die vielbeschworene „Subsidiarität“ wird nur dann real sein können, wenn sie bis ins Finanzielle durchgreift. Man kann das in der Schweiz studieren, wo die Steuerhoheit bei den Gemeinden und Kantonen liegt.<sup>1</sup> Der gegenwärtige Zustand ist immer unhaltbarer geworden, weil abstrakte staatliche Einheitlichkeit und Lebenszusammenhangsforderungen aufeinanderprallen.

Prinzipiell gibt es zwei mögliche Antworten auf diese Situation:

- Die erste ist die Idee des Großstaates: Indem das Staatliche geweitet wird, zur Europäischen Union, ten-

<sup>1</sup> Im Gespräch wurde auf das heutige Problem der regionalen Differenzierung der Agrarförderpolitik verwiesen. Darf ein Land wie Baden-Württemberg seine Landwirtschaft höher fördern als andere? Dies ist heute zwar möglich, aber nur, wenn Brüssel sein Plazet gibt.

denziell zum Weltstaat, werden alle Probleme binnenstaatlich. Großstaat und Vereinheitlichung der Währungen werden - so die Verfechter dieser Konzeption - auch die Regionen zum Blühen bringen.

- Die zweite Lösung besteht darin, die Rolle des Staates konsequent neu zu fassen, den Menschen als Einsichtigen und aus Einsicht Handelnden in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen und, wo immer möglich, Selbstverwaltungslösungen den Vorzug vor hoheitlichen Lösungen zu geben. Es würde sich dann das Geistesleben frei über alle staatlichen Grenzen hinweg ausbilden können, das Wirtschaftsleben würde sich im Sinne weltweiter Zusammenarbeit „assoziativ“ ausgestalten können, während sich die Staaten aller inhaltlichen Bestimmung über Lebensverhältnisse enthalten und auf rein rechtliche Fragen beschränken würden. (Das würde im übrigen bedeuten, Subsidiarität nicht nur vertikal, sondern auch horizontal zu denken.)

## Region als sozialer Gestaltungs- und Lebensraum - Beispiele und Fragen

Wie können die geschilderten Probleme vor Ort konkret aussehen? Da suchen Gewerkschaften aus dem deutschsprachigen Luxemburg und aus der Eifel nach Zusammenarbeitsmöglichkeiten, weil die Probleme der Arbeitslosigkeit in dieser zusammenhängenden Region nach gemeinsamen Lösungen rufen. Früher klagten die Eifel-Bewohner über den Lärm der Tornados. Inzwischen sind von 12 Militärflughäfen nur noch 2 übrig. Die politische Entspannung hat auf diese Weise zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt. Eine Arbeitsloseninitiative Bitburg (ALIBI) hat sich gebildet. Nun wäre es naheliegend zu untersuchen, welche Potentiale für neue Arbeitsplätze in einer „nachhaltigen“ (d.h. ökologischen) Regionalentwicklung liegen. Hierfür gibt es zwar ein Forschungsprogramm der EU, Mittelzuweisungen an die Initiative aus diesem Topf würden aber eine 50%ige Kofinanzierung durch das Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz voraussetzen, die nicht erfolgt. So scheitert das Leben am Staat.

Zwar spielen seit der einheitlichen europäischen Akte Grenzen eine geringere Rolle. Die Preisdifferenz bei Benzin liegt zwischen Luxemburg und Rheinland-Pfalz bei 0,40 DM. Folge: in Rheinland-Pfalz Tankstellensterben, in Luxemburg Tankstellenkonjunktur...

Die Regierung von Rheinland-Pfalz schafft im Zuge der „Verschlankung des Staates“ die drei Bezirksregierungen ab. Bei der Frage, wohin die damit vakant gewordenen Aufgaben wandern, zum Land oder an die Kommunen, werden mit Sicherheit nicht Sachgesichtspunkte, sondern politische Machtaspekte den Ausschlag geben (nach dem Motto: Das können wir doch nicht den Schwarzen überlassen).

Wir denken heute das Regionale weitgehend politisch: als Bundesland oder als Zusammenschluß von Kommunen (Regionalverband). Unabhängig vom Zchnitt der Region bleibt das hoheitliche Prinzip und die Regelung aller Details - bis zur Dachneigung beim Bau - für die jeweilige Ebene unhinterfragt. Solange aber Regionalismus und Subsidiarität in Europa nur bedeuten, daß

Landesfürstentümer gegenüber der Brüsseler Zentrale gestärkt werden, haben wir das Problem nicht gelöst. Dieses Problem heißt: es wird Politik für Regionen gemacht, nicht von Regionen! Wir haben Deutschland z.B. in 250 Arbeitsmarktregionen eingeteilt. Damit haben wir aber noch keine regionalen Zusammenarbeitsformen der Wirtschaft zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit! Im Gegenteil: zwischen den Arbeitsämtern Siegen und Neuwied - nur als Beispiel - gibt es keinerlei Kommunikation, geschweige denn Kooperation. Bei gegebenen Strukturen ist der bürokratische Harmonisierungsaufwand erheblich. Für NRW bewilligte EU-Mittel für ein bestimmtes Projekt können selbstverständlich heute nicht in Neuwied ausgegeben werden.

Auf der europäischen Landkarte haben wir Fördergebiete definiert: Zielgruppe 1 (Regionen mit Entwicklungsrückstand, Pro-Kopf-Einkommen unter 75% des europäischen Durchschnitts) umfaßt Ostdeutschland, Schottland, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal... Aber inzwischen weiß jeder, daß die Strukturpolitik der Europäischen Union nicht funktioniert. Wenn man die Wirtschaft Europas allein den Marktkräften überläßt, wird sich nichts daran ändern, daß wir es einerseits mit mehr oder weniger boomenden Regionen (die berühmte „Europa-Banane“), andererseits mit Hinterhöfen und Armenthäusern zu tun haben werden.

Bei einem Wissenschaftler-Treffen im norditalienischen Toblach wurde formuliert, Region müsse den Menschen eine „Heimat“ bieten. Wenn man diesen Begriff nicht im nostalgischen Sinne versteht, bedeutet das: Eine Region muß ein von den Menschen gestaltbarer Lebensraum sein. Gegenwärtig aber stößt der initiative Gestaltungswille allüberall auf das eingespurte System bürokratischer Kompetenzen. Der Mensch als Objekt von Verwaltung - das funktioniert heute immer weniger.

Lösungen können heute nur mit den Beteiligten erarbeitet werden. Beispiel: Jeder will reisen, aber natürlich will zunächst einmal niemand die Trasse vor der eigenen Haustür haben. Wie verständigt man sich über ein solches Problem? Untersuchungen in den USA zeigen, daß 60-70% solcher Fragen lösbar sind, wenn am runden Tisch nach einer einvernehmlichen Übereinkunft der Beteiligten gesucht wird und dieser Prozeß durch ausgebildete Moderatoren begleitet wird (Mediation).

Wir haben heute eine Debatte über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates. Aber wir haben sie bekommen wegen der Ebbe in den öffentlichen Kassen, nicht unter dem Aspekt der Mündigkeit. Was heute „Private public partnership“ genannt wird, ist dann kein Ausweg aus dem Finanzdilemma, wenn es auf Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste hinausläuft - die Projekte „Media Park Köln“ und „Hafenentwicklung Frankfurt“ sind warnende Beispiele. Was wir brauchen, sind Partnerschaften zwischen öffentlicher Verwaltung und freien Trägern, die in eigener Verantwortung - in vertraglichem Rahmen - öffentliche Aufgaben übernehmen, die in Selbstverwaltung besser als auf hoheitliche Weise erledigt werden können. So können Initiativen in die Regionalentwicklung eingebunden werden.

„Privatisierung“ (Kommerzialisierung, „Kahlschlag“, Unterwerfung unter die Logik des Marktes) ist das fal-

sche Signal. Es geht um Lösungen, die eben jenseits des Dualismus staatlich-privat gelagert sind. Wenn beispielsweise die Stadt Trier die Auflage der Bezirksregierung umsetzt, alle Grundstücke zu verkaufen, und damit jede Stadtentwicklungspolitik so gut wie unmöglich macht, dann kann das doch wohl nicht der Weg sein!

Wir müssen „Region“ differenziert betrachten: Im Dreiländereck oder überhaupt diesseits und jenseits politischer Grenzen entsteht erst einmal die Frage: Was darf vor Ort geregelt werden, ohne daß erst die Hauptstädte eingeschaltet werden müssen? Und die Devise kann hier nur lauten: Soviel wie möglich muß vor Ort regelbar sein.

Mindestens ebenso wichtig ist aber die Einsicht, daß da, wo der Einheitsstaat sich überlebt hat, auch die Einheitsregion ins Museum gehört. Lebensverhältnisse entwickeln sich oft anders als Verwaltungsstrukturen. Die Institutionen des Einheitsstaats aber wollen sich nicht überflüssig machen. Die Verlagerung von Zuständigkeiten auf Selbstverwaltungsträger muß ihnen deshalb abgegrenzt werden.

Ein heißes Thema ist das Verhältnis von Globalisierung und Regionalisierung. Ein Vorwurf lautet, Regionalismus sei der Inbegriff für Kirchtumspolitik und Selbstversorgungsträumereien. Angesichts eines Netzes von „global players“, angesichts der Kommunikationsverdichtung und der Marginalisierung der Staaten gegenüber den alles bestimmenden internationalen Finanzströmen handele es sich um ein vielleicht liebenswertes, aber doch illusorisches Hirngespinnst. Demgegenüber ist darauf zu insistieren, daß die Globalisierung, wenn sie nicht ein wild wuchernder und zerstörerischer Prozeß sein soll, eben gleichzeitig Gliederung erfordert. Ohne Gliederung keine Gestaltbarkeit! So erfordert der Globalisierungsgedanke geradezu die Ergänzung durch Regionalisierung.

### **„Politik für Regionen“ statt regionaler Selbstverwaltung: Wie die Brüsseler „Strukturpolitik“ die schottische Fischwirtschaft zerstört**

Schottland gehört zu den Ländern, die sich erfolgreich um eine Einordnung in die „Zielgruppe 1“ für die europäische Regionalförderung beworben haben. Für diese Regionalförderung werden im Rahmen eines von 1994 bis 1999 laufenden Sechsjahresplans insgesamt 141 Mrd. ECU ausgegeben. Unter dem Titel „Tödliche Hilfe“ beschreibt Reiner Luyken in „Die Zeit“ vom 24. Mai 1996 die Lage: 1992 ging es den Fischern an der schottischen Westküste noch recht gut. Seit die Brüsseler Bürokraten mit 50%igen Zuschüssen die Modernisierung der Flotten und neue, „verheerend effektive“ Fangmethoden erreicht haben, sind die Bestände durch Überfischung dramatisch reduziert worden. Während z.B. in Norwegen durch limitierte Fangmengen, individuelle, nicht übertragbare Quoten und exakte Festlegung der Fangmethoden eine Überfischung verhindert wird, wurden in Schottland alle Bestandsschutzmaßnahmen durch die Brüsseler „Hilfen“ zerstört. Riesige Hafenanlagen wurden hingeklotzt, die andere mit Eurogeldern hochgerüstete Flotten wie die spanische anziehen, mit dem Ergebnis eines immer härter werdenden Verdrängungswettbewerbs zu See. Nachbesserungsversuche zur jährlichen Reduzierung der Gesamtfangmenge griffen nicht mehr,

weil die einmal hochgerüsteten Trawler nun vielfach durch Schwarzfang „ausgelastet“ wurden. Der Autor des Artikels kommt zum Ergebnis: „Die Strukturpolitik ist das Mittel, mit dem die EG direkt in die Lebensumstände ganzer Regionen eingreift und sich faktisch als höchste Politikinstanz etabliert. Im schottischen Hochland bestätigt die Gemeinschaft alle Fehler, die Eurokritiker ihr vorwerfen. Sie macht mit ihrer Manie zur Angleichung der Lebensumstände in ganz Europa wie eine Dampfwalze alles platt - gewachsene soziale Strukturen, lokale Demokratie und die Umwelt. Sie etabliert Bürokratismus, Korruption und Subventionskultur. Sie hintertreibt jede vernunftorientierte Politik.“

Das wird gegenwärtig zu wenig gesehen. So wurde z.B. die Regionalbindungsklausel für die Sparkassen beseitigt, die dadurch zu „normalen“ Banken wurden. Aber ist die Förderung der regionalen Wirtschaft nicht eine wesentliche Aufgabe des Bankwesens überhaupt?<sup>2</sup> Müssen wir denn nicht insgesamt eine stärkere Sozialbindung des Geldwesens erreichen? Mit Selbstversorgung hat dies nichts zu tun, wohl aber etwas mit einer bewußten sozialen und ökologischen Durchdringung und Gestaltung des sich weltweit vernetzenden Wirtschaftslebens. Deshalb darf Regionalismus auch nicht als regionaler Egoismus mißverstanden werden. Es geht nicht um die Sicherung des jeweils eigenen Standorts - ohne Rücksicht auf alle anderen -, sondern um den Versuch, die Lebensfähigkeit und Lebensqualität des Ganzen zu verbessern. In diesem Sinne weist die Devise vom globalen Denken und regionalen Handeln durchaus in die richtige Richtung.

### **Was kann ein „Europa der Regionen“ heißen?**

Der Artikel 198a des Maastricht-Vertrages hat in das Institutionengefüge der EU einen Regionalausschuß aufgenommen. Aber welche Kompetenzen hat der Regionalausschuß gegenüber Rat und Kommission? Welche Kompetenzen hat das europäische Parlament gegenüber diesen Instanzen? Hinsichtlich dieser Frage sind wir von demokratischen Verhältnissen noch weit entfernt. Der Regionalausschuß hat nicht einmal einen echten Organstatus wie der Wirtschafts- und Sozialausschuß. Auch ist seine Zusammensetzung asymmetrisch - die Kommunen sind nicht vertreten. Diese Zustände durch eine Klage beim ohnehin überlasteten Europäischen Gerichtshof zu verändern, erscheint kaum aussichtsreich.

Die wirklichen Euro-Regionen wie die Pommerania, die Viadrina (die Gebiete entlang der Oder), die Spree-Neiße-Bobe-Region, die Region Bayerischer Wald/Böhmerwald usw. sind in keiner Verfassung festgeschrieben, haben aber aktives Leben, sind auch in Dachverbänden mit gemeinsamen Organen organisiert. Die Zerschneidung von Regionen durch Grenzen ist im Hinblick auf die Ostgrenzen ein noch größeres Problem als sonst in Europa. Da muß dann das polnische Außenmi-

<sup>2</sup> W. Ullmann verwies in diesem Zusammenhang auf die Frage der Förderung der palästinensischen Autonomiegebiete. Die Erfahrungen zeigten, wieviel einfacher dieses Problem lösbar wäre, wenn es eine regionale Entwicklungsbank gäbe.

nisterium mit Problemen eines polnischen Studenten in Frankfurt/Oder befaßt werden, - die damit garantiert unlösbar werden. Die Staatsstrukturen sind dem Leben hier schlicht im Wege.

Wie kommen wir zu Neugestaltungen? Dazu sollte man zunächst geschichtlich zurückblicken: bis 1957 bestand der europäische Verbund aus Frankreich, Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten, 1973 kamen Dänemark, Irland und Großbritannien hinzu, von 1981-86 hatten wir die Süderweiterung mit Griechenland, Spanien und Portugal, zuletzt kamen der Nordosten mit Schweden und Finnland sowie Österreich hinzu. Beitrittskandidaten sind Malta, Zypern, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien und die baltischen Staaten.

Mit diesen Erweiterungen wird die Frage der historischen und kulturellen Regionen eine noch größere Rolle spielen. Die Globalisierung bedarf der Ergänzung durch eine stärkere Regionalisierung. Regionalisierung ist ein wichtiger Impuls in Richtung Friedenspolitik. Die Lehre des Weltkriegs besteht darin, daß wir die Probleme dieser Welt nur auf dem Rechtsweg, niemals mehr kriegerisch lösen können.

Die Entwicklung ist irreversibel, die Handlungsunfähigkeit der alten Staatenwelt irreparabel. Die Verlängerung der Grundlagenkrise des Staates kann nur der Staatskriminalität Vorschub leisten. Die ökologischen Probleme sind letztlich nur global lösbar.

Ullmann plädierte dagegen, Maastricht und auch den GATT frontal zu bekämpfen, beim letzteren gehe es um die Behebung der sozialpolitischen und ökologischen Defizite. Unser Geldwäschegesetz sei angesichts der sich mit Lichtgeschwindigkeit um den Globus bewegenden Kapitalströme lächerlich. Grundlegende Umgestaltungen seien nötig, beispielsweise beim Bodenrecht. Hier herrsche kein normales Verhältnis Anbieter-Kunde; es sei sozial unerträglich, daß Wohnungen nach reinen Preissichtspunkten zugeschnitten würden. So erzeuge man Slums. Märkte dürften nicht Kultur durch Zentralismus zerstören. Regionale Gesichtspunkte seien z.B. in der Landwirtschaft wesentlich. Es mache ökologisch und ökonomisch keinen Sinn, Tomaten von Kalifornien nach Berlin zu transportieren.

Regionen seien Räume eines einheitlichen kulturellen Codes, wo Kulturen übersetzbar und kommunikabel werden könnten und deshalb Multikulturalität möglich sei.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Im Gespräch wurde auch die Frage aufgeworfen, z.B. durch den Bad Vilbeler Bürgermeister Günther Biber, wie die Größe einer Region zu bestimmen sei. Es zeigte sich, daß an diese Frage differenziert herangegangen werden muß. Wichtig ist, daß schon im unmittelbar überschaubaren (also vielleicht 20.000 - 40.000 Menschen umfassenden Bereich) Handlungsräume bestehen

Heute ist Europa rechtlich gesehen ein Europa der Mitgliedsstaaten, nicht ein Europa der Regionen. Was eine „Region“ im politischen Sinne ist, hängt damit von der Verfassungslage der einzelnen Länder ab. In Deutschland sind es die Bundesländer - die immerhin eine gewisse Selbständigkeit genießen, in Frankreich z.B. sind es bloße Verwaltungseinheiten.

Die Dreigliederungsgedanken Rudolf Steiners sollten fruchtbar gemacht und weiterentwickelt werden: Wie wird die Ökonomie lebensdienlich handlungsfähig? Wie schaffen wir in bezug auf die Eigentumsverhältnisse wirkliches Recht? Wie überwinden wir das Eigentumsunrecht in bezug auf das Bodeneigentum, dessen Opfer etwa die brasilianischen Ureinwohner heute werden? Wie kommen wir zu einer treuhänderischen Verwaltung des Eigentums - und wie sieht diese aus? Sollte die Region Treuhänder sein?

Der „nationale“ Gedanke führt heute nicht weiter. Der Begriff der Nation hat ohnehin eine begrenzte historische Gültigkeit. Auf dem Balkan zum Beispiel führt sich der Nationalstaatsgedanke ad absurdum.

Was sehr wichtig ist: Regionalismus ist die einzige denkbare Lösung für Rußland und die anderen Länder der ehemaligen Sowjetunion. Ohne die Einbeziehung Rußlands wird andererseits Europa immer innerlich gespalten bleiben. Rußland muß das Erbe des Zentralismus überwinden. Die gewaltsame Industrialisierung eines Agrarlandes („Kommunismus ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“, so Lenin) war im Grunde nur ein Übertrumpfen Peters des Großen. Rudolf Steiner und Rosenstock-Hussey (vgl. sein Werk „Autobiography of Western man“) haben das begriffen. So hat die Oktoberrevolution im Grunde genommen nur die Bahn gebrochen für einen Raubkapitalismus. Was Jelzin heute in Tschetschenien tut, ist nichts anderes als dasjenige, was Shell in Nigeria anrichtet. W. Ullmann berichtete von einer Äußerung Gorbatschows, deren Ohrenzeuge er war, sein größter Fehler sei gewesen, nicht rechtzeitig auf eine Föderalisierung der Sowjetunion hingewirkt zu haben. Föderalismus ist aber ohne Regionalismus unmöglich. So etwas will sich in Rußland gestalten. Die Frage ist, welche politischen Kräfte in dieser Richtung Fortschritte bewirken könnten. Jawlinski wäre ein solcher Politiker, leider scheint er sich jetzt aber mit Jelzin verbünden zu wollen.

Schon im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, genau gesagt im Europa-Plan des Kreisauer Kreises, gab es die Idee von Kooperations-Räumen in Europa. An solchen Ideen müssen wir heute anschließen, solche Ideen müssen weiterentwickelt werden.

müssen. Der größere Zusammenhang sollte von unten entstehen, nicht von oben bürokratisch hergestellt werden.

# Löhne sind keine Kosten

Udo Herrmannstorfer

Die Stellung der Arbeit in der Wirtschaft ist ein zentrales Thema, betrifft es doch den arbeitenden Menschen unmittelbar selbst. Wie wir mit der Arbeit umgehen, so gehen wir mit dem Menschen um. Wer Arbeit als solche bezahlen will, bezahlt Menschen. Was wir verharmlosend Arbeitsmarkt nennen, ist deshalb in Wirklichkeit eine Art moderner Sklavenmarkt, mit dem Unterschied gegenüber früheren Zeiten, daß man sich freiwillig anbietet. Die Fesseln sind ersetzt durch den Zwang zum Einkommen, das nur über die Beteiligung am Wirtschaftsleben erreicht werden kann. Es ist daher verständlich, wenn sich an der Arbeits- und Lohnfrage die schärfsten sozialen Auseinandersetzungen entzündet haben.

Ein Unternehmen ist der Ort, wo durch organisierte Zusammenarbeit Produkte und Leistungen für bedürftige Menschen erzeugt werden. In der Regel geht dies nur unter Zuhilfenahme einer kapitalmäßigen Vorfinanzierung (es spielt dabei für diesen Gesichtspunkt keine Rolle, ob als Eigenkapital oder als Kredit). Diese wiederum dient zur Beschaffung von Grund, Gebäuden, Maschinen, Vorprodukten, Lager und der Finanzierung der Vorlaufkosten. Die gemeinsam erzeugten Produkte werden im Namen des Unternehmens gegen einen entsprechenden Preis an den nächsten in der Reihe der Wirtschaftskette verkauft, sei es an einen Weiterverarbeiter, an den Handel oder letztlich an den Verbraucher. Die Summe der vereinnahmten Preise ist der Ertrag des Unternehmens.

An diesem Punkt dreht sich die Bewegungsrichtung im Unternehmen um. Der von außen hereinströmende Geldertrag muß nun so verteilt werden, daß der Unternehmensprozeß weitergeführt werden kann. Bezahlt werden müssen die eingekauften Vorleistungen, der verbrauchte Anteil des investierten Kapitals (Abschreibungen), die Zinsen für das eingesetzte Kapital. Alles, was jetzt noch verbleibt, ist derjenige Wert, der durch das Unternehmen selbst geschaffen bzw. geschöpft wurde, die sogenannte Wertschöpfung. Diese kann nun auf die an der Wertschöpfung beteiligten Menschen verteilt werden und bildet ihr Einkommen. (Allerdings werden durch die Steuer auch Menschen in die Verteilung einbezogen, die gar nicht im Unternehmen anwesend sind, und Leistungen bezahlt, die die Gesellschaft unentgeltlich zur Verfügung stellt). *Löhne sind also Anteile an der Wertschöpfung des Unternehmens und nicht dessen Kosten. Sie sind auch nicht der Preis der Arbeit, sondern der Betrag, der die Arbeit ermöglicht. Verkauft wurde auch nicht die Arbeit, sondern die Produkte.* Auf diese Weise sind Löhne ein wichtiges Teilziel des Unternehmens; das ganze Ziel des Unternehmens ist die Erzeugung von benötigten Leistungen zu Preisen, die es der Zielgruppe erlauben, die Preise zu bezahlen, und die es den Mitarbeitern des Unternehmens erlauben, die Leistungen zu erbringen bzw. die Produkte herzustellen.

*Es ist die Aufgabe des Rechtsstaates, rechtliche Verhältnisse herzustellen, in denen eine solche Teilung der Wertschöpfung zwischen den daran Beteiligten gleichberechtigt vereinbart werden kann. (Tatsächlich ist es dagegen so, daß die Verhandlungen nur über den Lohn, nicht über die gesamte Wertschöpfung geführt werden. Der Grund liegt in den Eigentumsverhältnissen, die den Zusammenarbeitsverhältnissen übergeordnet sind.)*

Dieser Veränderung des Arbeit-Lohn-Denkens stehen eine Reihe von sozialen Regelungen und Einwänden entgegen.

1. Der bedeutendste Widerstand liegt im Steuersystem. Dort ist ein besonderes Ziel die Besteuerung des Gewinnes eines Unternehmens. Die ganze Buchhaltung ist so aufgebaut, daß am Schluß nicht die Wertschöpfung, sondern der Gewinn besteuert wird. Deshalb werden die Löhne als Kostenklasse behandelt, die den Gewinn mindert. Statt nur in einer separaten Steuerrechnung die Wertschöpfung der Löhne von dem Gewinn zu trennen, wird bereits von Anfang an die Arbeit zu Kosten der Unternehmen gemacht. Wo Arbeit jedoch als Kostenart behandelt wird, werden niemals gesunde soziale Empfindungen der arbeitenden Menschen entstehen können. Menschen sind nicht Kosten der Wirtschaft, die es zu vermindern gilt, sondern die Wirtschaft hat die Aufgabe, den Menschen ein Einkommen zu verschaffen.

*Es wird höchste Zeit, daß wir in den Unternehmen zu Wertschöpfungsrechnungen übergehen und die entsprechenden Veränderungen vornehmen, auch wenn es gegenwärtig vielleicht nur Hilfsrechnungen sein können.*

2. Von gewerkschaftlicher Seite wird gegen Ertragsteilungsverhältnisse eingewandt, daß damit die Löhne ins wechselhafte Preisgeschehen abrutschen und gerade damit die Arbeit zur Ware gemacht wird. Der Arbeiter hat ein Interesse an einem festen gleichbleibenden Lohn. Die Unternehmen ihrerseits müßten die Löhne so als feste Größen ihrer Tätigkeit zugrunde legen wie die Miete oder andere Kosten.

Zunächst einmal liegt dieser Argumentation ein Unverständnis des Teilungsverhältnisses zugrunde. Nicht die Bepreisung der Arbeit steht im Mittelpunkt, sondern die Ableitung aus den Preisen der Produkte. Dies ist immer die letzte Bezugsgröße, selbst bei Tarifverträgen. Ein festes Teilungsverhältnis würde diesen Zusammenhang nur deutlicher zum Ausdruck bringen. Es hätte jedoch den Vorteil, daß der Gewinn nicht einseitig zu Lasten der Arbeit vergrößert werden könnte. Für die Unternehmen hätte es den Vorteil, die Löhne nicht als preisunabhängige Fixkosten behandeln zu müssen. Damit würde aber auch wieder das Preisgeschehen in den Mittelpunkt rücken. Die gewerkschaftliche Forderung nach Lohnstabilität müßte erst durch Preisstabilität hergestellt werden.

Wollte man den gewerkschaftlichen Standpunkt wirksam durchsetzen, müßte man ein Entlassungsverbot



aussprechen. Da dies aber keinen Sinn macht, weil man sonst auch noch einen Kaufzwang des Verbrauchers fordern müßte, ist ein anderer Weg einzuschlagen. Dieser Weg könnte darin bestehen, an der Ertragsteilung nicht nur die Arbeitenden zu beteiligen, sondern auch die Nichtarbeitenden. Dann nämlich wäre deutlich, daß neuer Verteilungsspielraum nur dann entsteht, wenn die durch Arbeitseinsparungen freigestellten Menschen wiederum einen neuen Arbeitsplatz finden. Solange dies nicht der Fall ist, nehmen sie als Gesamtheit an der Verteilung der Wertschöpfung teil. Die Wirtschaft einer

Gesellschaft könnte sich nicht länger von den Menschen einer Gesellschaft distanzieren. Damit würde auch verhindert werden, daß sich die Wirtschaft einseitig zu Lasten der Menschen entwickelt. *Die Arbeitslosigkeit würde von allen getragen werden. Die Frage, wer die Arbeitslosen finanziert, wäre damit beantwortet: Die Wirtschaft als Ganze.*

(Zuerst veröffentlicht in Verbund-Spektrum, Nr. 6, Mai 96. Das „Verbund-Spektrum“ ist eine Zeitschrift für die Mitarbeiter von Firmen des Verbundes Freie Unternehmensinitiativen. Redaktionsadresse: Hans-Jörg Barzen, Pfalzstr. 68, 70374 Stuttgart)

# Notizen und Berichte

## Dieter Brüll

(cs) Am 23. März starb, 74jährig, Dieter Brüll. Dieter Brüll besuchte die Waldorfschule in Stuttgart und Den Haag. Er studierte Wirtschaftswissenschaften und Soziologie - als Grundlage, um für die Dreigliederung des sozialen Organismus wirken zu können. Er trat auf diesem Gebiet als Berater und Vortragender hervor. Außerdem wirkte er als Universitätsdozent für Steuerrecht in Rotterdam, Tilburg und Amsterdam (Vorlesungen zur Philosophie und Soziologie des Steuerrechts). Nach seiner Emeritierung arbeitete er in der Dreigliederungsausbildung der holländischen Arbeitsgemeinschaft für soziale Dreigliederung mit.

In Veröffentlichungen behandelte er Fragen der Dreigliederung auf dem „makro-“, „meso-“ und „mikrosocialen“ Feld. Beispielhaft seien nur das grundlegende Werk „Der anthroposophische Sozialimpuls“, eine Schrift über „Waldorfschule und soziale Dreigliederung“, und die „Bausteine für einen sozialen Sakramentalismus“ genannt. „Der anthroposophische Sozialimpuls“ behandelt u.a. das „Asoziale“, das „Antisoziale“ und das „Soziale“ und in diesem Zusammenhang das Verhältnis von R. Steiners „soziologischem Grundgesetz“, seinem sozialen Hauptgesetz und dem von ihm beschriebenen „sozialen Urphänomen“. Unabhängig davon, wie man zu dieser oder jener These des Buches steht, wird man es als ein großes Verdienst Dieter Brülls ansehen müssen, daß er auf dieses Urphänomen und seine Bedeutung, die bis dahin wenig zur Kenntnis genommen worden war, nachdrücklich hingewiesen hat. Brülls Blick richtete sich immer wieder auf das Wesen des lebendigen Rechts als dem - mit R. Steiner zu reden - unmittelbar zwischenmenschlichen Bereich. Indem er mit dem „Urphänomen“ das Geheimnis der Menschenbegegnung besser zu verstehen versuchte, richtete er den Blick zugleich auf diese Frage. Wenn man Brüll liest, glaubt man immer wieder zu spüren, daß er wie wenige andere an der Unterschätzung der Rechtsgestaltungsfragen in der anthroposophischen Bewegung litt. Die Rechtsfrage immer wieder thematisiert zu haben, bleibt sein großes Verdienst. Wo er Rechtsverletzungen - nicht nur im äußerlich formalen

Sinn - zu gewahren glaubte, konnte seine Reaktion heftig sein. Ob er dabei selbst immer das „Maß“ fand, kann hier offengelassen werden. Seine Frage nach dem sakramentalen Charakter der Menschenbegegnung war die Frage nach den Quellen des Sozialimpulses. Wer für die Dreigliederung des sozialen Organismus wirken will, darf sich nicht mit oberflächlichen, formalen, „programmatischen“ Antworten zufriedengeben, sondern muß immer wieder aus den Quellen schöpfen.

## Was darf Bildungsfreiheit kosten?

### Kongreß des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen in Wien

Klaus Schickert

Das *European Forum for Freedom in Education* (E/F/F/E) tagte vom 15. bis 19. Mai 1996 in Wien. Teilnehmer aus 49 Ländern trafen sich im Haus der Wirtschaftskammer Österreich. Wie *Peter Leuprecht* vom Europarat in seinem Eröffnungsvortrag bemerkte, war Wien für eine Tagung unter der Thematik „*Vielfalt - Weltoffenheit - Selbstbestimmung*“ eine glückliche Wahl: In Wien waren (nach Stefan Zweig) alle kulturellen Strömungen zusammengefließen; diese Stadt löste Gegensätze auf und machte die Menschen zu Weltbürgern. Etwas von diesem geistigen Klima meinte man auch auf dem Kongreß zu spüren.

### Europäische Revue

Im ersten Podiumsgespräch ließ *Frank-Rüdiger Jach* (Experte für europäisches Bildungsrecht, Hamburg) unter der Fragestellung, wieviel Bildungsfreiheit in Europa schon verwirklicht ist, die westeuropäischen Länder Revue passieren. Es gibt eine erhebliche Spannweite: Auf der einen Seite werden in den Niederlanden freie Schulen voll finanziert, haben in Skandinavien die Freinet-, Montessori- und Waldorfschulen Lehrplanfreiheit und erhalten hohe Zuschüsse. Auf der anderen Seite stehen die ehemals absolutistischen Staaten, in denen das Bildungswesen immer noch zentralistisch gelenkt ist und

freie Schulen nicht gefördert werden: Frankreich, Italien, Spanien. Nur begrenzt verwirklicht ist Bildungsfreiheit in Österreich, wo nur kirchliche Privatschulen Zuschüsse erhalten, und in Deutschland, wo die Bundesländer zwar nach Verfassungsentscheid verpflichtet sind, eine Vielfalt freier Schulen ausreichend zu fördern, aber dieser Pflicht sehr unterschiedlich nachkommen; der „Freistaat Bayern“ will künftig Montessori- und Waldorfschulen nicht mehr genehmigen! Für die weitere Entwicklung in der europäischen Union wird entscheidend sein, daß sich die Union eine Verfassung mit freiheitlichen Grundrechten gibt.

Charles Glenn (USA) ergänzte, daß es in den ehemals kommunistischen Staaten jetzt ca. 2000 freie Schulen gibt, dank der Initiative von Lehrern und Eltern, deren Mut und Sozialität uns im Westen Vorbild sein könnte. Die errungene Freiheit im Osten wird nur dann Bestand haben, wenn die Bürger lernen, mit dem gewonnenen Spielraum eigenverantwortlich umzugehen.

Siegfried Jenkner (Hannover) schlug vor, daß das in der EU angenommene Prinzip der Subsidiarität auch innerhalb der Mitgliedstaaten auf den Bildungsbereich angewandt wird: Stärkung der Basis (Lehrer und Eltern), Aufbau des Bildungswesens von unten her.

### Thesen zur Bildungsfinanzierung

Der Schwerpunkt der Tagung lag auf der Bildungsfinanzierung. Der Grund: Wenn ein Staat die Errichtung freier Schulen zuläßt, so nützt das wenig, solange er diese Schulen nicht ausreichend finanziert. Denn dann können sich nur solvente Eltern einen Platz in einer solchen Schule für ihr Kind leisten - und das widerspricht dem Prinzip der Chancengleichheit. Da alle Eltern Steuern zahlen, ist eigentlich nicht einzusehen, warum aus dem allgemeinen Steueraufkommen nicht die Schulbildung aller Kinder gleichermaßen ermöglicht wird. Im Wege steht diesem Gedanken die bisher weithin noch selbstverständliche Unterscheidung zwischen „öffentlichen“ und „privaten“ Schulen - als seien die freien Schulen ein Privatvergnügen exotischer Eltern, die dafür auch kräftig in die Tasche greifen dürfen. In Wirklichkeit bereiten die freien Schulen ihre Schüler nicht weniger auf ihr späteres Tätigwerden in der Gesellschaft vor, erfüllen also ebenfalls einen öffentlichen Bildungsauftrag. Deshalb sollte man alle Schulen zum öffentlichen Bildungswesen rechnen und lediglich nach staatlicher oder freier Trägerschaft unterscheiden. Und so gab der Arbeitskreis zur Bildungsfinanzierung der ersten These seines vor allem für den Europarat bestimmten Papiers die Fassung: *Eine ausreichende Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens (in staatlicher und in freier Trägerschaft) ist Bedingung für die Entfaltung von Freiheit im Bildungsleben.*

Auf Anhieb einig waren sich die Teilnehmer der Arbeitsgruppe auch darin, daß der Staat sich im Bereich der Bildung darauf beschränken sollte, den rechtlichen Rahmen für die Mittelaufbringung und Mittelverteilung zu schaffen und zu garantieren. Dabei sollte er entsprechende Selbstverwaltungsorgane einbeziehen, in denen Schulträger, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie - in geeigneter Form - Schülerinnen und Schüler vertreten sind. Diese Organe sollen - in Absprache mit den haus-

haltsrechtlichen Instanzen - das erforderliche Bildungsbudget ermitteln und die Finanzmittel verteilen.

### Pro und contra Bildungsgutschein

Gegensätze gab es in der Frage, nach welchem Verfahren die Gelder verteilt werden sollten. Als mögliche Alternative zur staatlichen Mittelvergabe kam der „Bildungsgutschein“ ins Gespräch: Die Eltern eines schulpflichtigen Kindes erhalten einen Gutschein und geben ihn bei der von ihnen gewählten Schule ab, in die das Kind aufgenommen wird; die Schule löst die Gutscheine bei einer zentralen Vergabestelle ein und erhält dafür die Finanzen, mit denen sie zu wirtschaften hat.

So bestechend demokratisch diese finanzielle Gleichstellung aller Schulen bzw. Schülereltern ist - hier kam seitens österreichischer Teilnehmer Widerspruch. In Österreich, wo es keine allgemeine Schulpflicht gibt, vielmehr jeder unterrichten darf, den der Staat dafür anerkennt (häuslicher Unterricht), existieren zahlreiche freie Schulen, die die Kinder bewußt in sehr kleinen Lerngruppen unterrichten; sie sind im „Netzwerk“ zusammengefaßt und Mitglied im Europäischen Forum. Diese Schulen würden per Bildungsgutschein im Vergleich zu Schulen mit großen Klassen verschwindend geringe Mittel erhalten und wehren sich verständlicherweise dagegen. Mathias Maurer (Stuttgart), der den Arbeitskreis mit vorbereitet hatte und eine Studie über den Bildungsgutschein vorgelegt hat<sup>1</sup>, konnte darauf hinweisen, daß bei der Idee des Bildungsgutscheins Regulationen möglich sind, die das marktwirtschaftliche Prinzip zugunsten des Prinzips der Sozialstaatlichkeit und Chancengleichheit abdämpfen. So meinten Vertreter des „Netzwerks“ schließlich - ebenso wie andere österreichische Tagungsteilnehmer -, auf lange Sicht sei der (modifizierte) Gutschein sicher eine gute Sache, aber nicht für die nahe Zukunft; die Menschen seien dafür nicht mündig genug. Wettbewerb unter den Schulen - wie ihn der Bildungsgutschein mit sich bringt - sei zu bejahen, nicht aber Konkurrenzkampf wie in der freien Wirtschaft. Vielmehr müßten sich die verschiedenartigen Schulen gegenseitig unterstützen.

### Wenn es zum Schwur kommt

Um Bildungsfinanzierung ging es auch in der öffentlichen Podiumsdiskussion mit bildungspolitischen Sprechern der österreichischen Parteien. Schulautonomie wird zur Zeit auch in Österreich von seiten des Staates groß geschrieben; aber wie in anderen Ländern ist der Hintergrund, daß die Mittel für die Bildung knapper werden und der Staat die Verantwortung für die Bildungsfinanzen gern an die Einzelschulen delegieren möchte, um sich selber zu entlasten. So wurde - nach den Worten eines österreichischen Tagungsteilnehmers - die Autonomie (auch in Lehrplanfragen) den staatlichen Schulen plötzlich übergestülpt, und niemand wußte, wie sie zu handhaben sei; de facto handle es sich um „Mängelverwaltung“.

Vor diesem Hintergrund durfte man auf die Voten der Politiker gespannt sein. Denn über Autonomie reden kostet nichts; erst wenn es an die Finanzierung (vor allem

auch der freien Schulen) geht, kommt es zum Schwur. Am prekärsten ist dies für die Regierung, da sie ihren Worten Taten folgen lassen kann und muß, während die Oppositionsparteien nicht unmittelbar in der Pflicht sind. So nahm die amtierende Kultusministerin - trotz einer grundsätzlich positiven Einstellung zu freien Schulen - gar nicht erst teil, um nicht nachher mit ihren Parteigenossen in Konflikt zu geraten.

Einleitend faßte *Ingo Krampen* (Bochum) das oben besprochene Thesenpapier griffig zusammen und forderte gleiche Finanzierung für alle Schulen, eine Entkoppelung von staatlicher Finanzierung und pädagogischer Prägung sowie die Reduktion des Staates darauf, den rechtlichen Rahmen für Mittelaufbringung und -verteilung abzustecken.

*Mathias Maurer* führte in einem Szenario vor Augen, wo die meisten Länder Europas heute bildungsrechtlich stehen: Es herrscht „Planwirtschaft“, und die unliberale Steuerung findet Ausdruck in der staatlichen Finanzierung. Dieses Staatsmonopol würde durch den Bildungsgutschein gebrochen: Er würde zur finanziellen Gleichstellung aller anerkannten Schulen, zur Schulvielfalt, zur Wahlfreiheit für die Eltern führen und somit zu einer Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Bürger und einer freien Entfaltung der Persönlichkeit - Zielen, die im Bildungswesen Österreichs auch nicht annähernd erreicht seien.

„Im Prinzip“ waren die meisten Sprecher weitgehend mit den Thesen einverstanden. Aber in bezug auf die Verwirklichung gab es große Unterschiede. *Gertrude Brinek*, Bildungssprecherin der ÖVP, fand das heutige österreichische Schulsystem doch schon recht freiheitlich; man dürfe nichts überstürzen; Österreich gehe traditionell den Weg der Evolution. *Maria Schaffenrath*, Bildungssprecherin des Liberalen Forums, beurteilte die Situation weit skeptischer: Die Knappheit der Mittel habe nicht zur Verbesserung der Schulen geführt, sondern zur Reduktion von Lehrstellen und Stundenplänen. Es gebe keinen Wettbewerb, sondern ein starres System beim Einsatz von Lehrern und einen kostenintensiven Verwaltungsapparat. Das Liberale Forum habe Gleichstellung der Privatschulen gefordert; aber die Regierung denke nicht daran. Sie gebe für die 260.000 konfessionellen Privatschüler drei Milliarden Schilling aus; für die 20.000 sonstigen Privatschüler würde es nur einen Millionenbetrag kosten. Und - so wurde von anderer Seite ergänzt - dieses Geld sei leicht durch Einsparungen im Verwaltungsapparat hereinzubekommen. Zwischen diesen beiden Beurteilungen gruppierten sich die anderen Voten.

*Brigitte Schwarz-Klement* (FPÖ) meinte zum „Bildungsscheck“, er eröffne reiche Wahlmöglichkeiten, könne aber bei der gegenwärtigen parteipolitischen Situation (gemeint: mit einer SPÖ-Regierung) noch nicht verwirklicht werden. Ein Wandel in den staatlichen Schulen sei notwendig, aber mit den vorhandenen Schulleitern nicht auf einen Schlag durchzuführen. Man könne auch den Staat nicht einfach aus der Pflicht entlassen.

*Karl Öllinger* (von den Grünen) war mit den Thesen (Krampen) einverstanden, nicht aber mit dem Bildungsgutschein: Markt sei nichts für Bildung; die Erziehungs-

berechtigten könnten nicht die Qualität des Angebots beurteilen. Viel eher könne er sich einen „Schulgutschein“ vorstellen, der die Schulen instand setze, ohne die Erhebung von Schulgeld (Elternbeiträge) auszukommen. Diesen Gutschein sollten allerdings nur Schulen bekommen, die *alle* Arten von Schülern aufnehmen.

Hinsichtlich der Finanzen war niemand optimistisch.

*Bernd Schilcher* (Univ.-Doz., ehemaliger Präsident des Steirischen Landschulrats) meinte im Blick auf die Arbeit an Thesenpapieren: Wenn es das E/F/F/E nicht gäbe, müßte man es erfinden! Er setzte sich entschieden für eine gerechtere, transparente Mittelverteilung und für Übernahme der Lehrerkosten bei den nicht-konfessionellen Privatschulen ein. Im staatlichen Schulwesen sei Autonomie im Kommen; allerdings werde der Staat die zentrale Dienstpostenregelung nicht aufgeben. Doch man müsse aus der gegenwärtigen Lage, wo der Staat zu Konzessionen bereit ist, möglichst viel für die Autonomie heraus schlagen.

In der Diskussion gab *Udo Hermannstorfer* (Unternehmensberater aus der Schweiz) zu bedenken: Da die Weltanschauungen der Menschen verschieden sind, muß es im Bildungswesen Pluralismus geben, der aber nicht Beliebigkeit bedeuten kann. Auf dem Weg vom staatlichen zu einem freien Bildungswesen muß man nicht alles umkehren, sondern Transformation ermöglichen, wo sie von den beteiligten Bürgern gewollt wird. Aus der Behauptung, die Bürger (Eltern) seien nicht mündig, kann man sinnvollerweise nur die Konsequenz ziehen, Situationen zu schaffen, in denen Mündigkeit erübt werden kann.

*Frank-Rüdiger Jach* plädierte für eine Verbindung von Pluralität und Sozialstaatlichkeit. Chancengleichheit kann nicht bedeuten: die gleiche Schule für alle, vielmehr, daß alle Eltern aus einer Vielfalt von Schulformen diejenige wählen können, die sie für ihr Kind optimal finden. Das ist aber nur bei finanzieller Gleichstellung möglich.

Das Gespräch wurde souverän von *Hermann Becke* (aus dem Vorstand des österreichischen Bundes Freier Waldorfschulen) geleitet, der schon vorher auf der Tagung einen erhellenden Bericht über die Entwicklung des Schulwesens in Österreich gegeben hatte.

## Wege zur Autonomie

In einem Gedankenaustausch zum Thema Schulautonomie stellte *Sorin Antochi* (Bukarest) die Bildungsfreiheit in einen größeren Rahmen: Das Ziel müsse eine Gesellschaft sein, deren Einrichtungen insgesamt vom Staat unabhängig sind. *Horst Hensel* (Verfasser des Buches: Die autonome öffentliche Schule) brachte das Gespräch über mehr Freiheit im (bisher) staatlichen Schulwesen lebhaft in Gang: Die Entmachtung der staatlichen Schulaufsicht sei zwar unerläßlich, bedeute aber nur einen ersten Schritt. Die einzelne Schule müsse sich dann von innen her reformieren. Das gelinge nur, wenn der einzelne Lehrer, der bisher die in ihm liegenden Gestaltungsimpulse verleugnen und sich in eine innere Emigration zurückziehen mußte, sich als volle Persönlichkeit reaktiviert und selbständig wahrnimmt, was die Kinder brauchen: nicht den weltweit üblichen Frontalunterricht

und keine Berieselung durch Medien, sondern Begegnungen im Gespräch und Weckung ihrer kreativen Möglichkeiten.

### **Bildung für Minderheiten - eine Herausforderung an uns alle**

Der letzte Vormittag war der Situation von Minderheiten und ihrem Recht auf Bildung gewidmet. Einleitend sprach *Magda Maier* (Stuttgart) aus: Angesichts der Minderheiten in unserer Gesellschaft stehen wir vor Veränderungen, die uns unheimlich sind und die wir nicht gern in unser Bewußtsein aufnehmen. Das Problem - so *Ramon Brüll* (Frankfurt) - sind eigentlich nicht die Minderheiten, sondern die Mehrheiten, die einen Nationalstaat bilden und die Sprache, Religion und Kultur der Bevölkerung bestimmen. Die Grenzen dieser Staaten können wir nicht abschaffen, aber die Verbindungen zwischen ihnen fördern.

Es folgten bewegende Berichte aus verschiedenen Ländern über Bemühungen und Probleme bei der Beschulung von Kindern aus Minderheiten. Immer wieder hat man es mit staatlichen Restriktionen und Auflagen zu tun, die auf eine Zurückdrängung der fremden Sprache und Eigenart hinauslaufen. So bildet den Kern des durch den Kongreß verabschiedeten Thesenpapiers über das Recht auf Erziehung die Forderung: Alle Eltern, Kinder und Lehrer haben das Recht auf unentgeltliche Einrichtung einer Schulbildung in Übereinstimmung mit ihren religiösen, ethischen, philosophischen und (bei den Erwachsenen) pädagogischen Überzeugungen, sofern schulische Mindeststandards eingehalten werden.<sup>2</sup>

Einen besonderen Dank verdient *Elisabeth Gergely*, auch im Ausland bekannt als ein Motor der österreichischen Waldorfschulbewegung, die sich ungeachtet ihrer 77 Jahre tatkräftig und flexibel für den Kongreß eingesetzt hat. - Im nächsten Jahr trifft sich das E/F/F/E in St. Petersburg.

1 Mathias Maurer: Der Bildungsgutschein - Finanzierungsverfahren für ein freies Bildungswesen, Stuttgart (Verlag Freies Geistesleben) 1994.

2 Die Thesenpapiere sind erhältlich bei: Europäisches Forum für Freiheit im Bildungswesen, Annener Berg 15, D-58454 Witten. Tel.: 02302-699442, Fax: 02302-699443. (Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Zeitschrift „Erziehungskunst“, Stuttgart.)

## **Auf dem Weg zu Zusammenarbeitsformen in der Naturkostszene - am Beispiel Luxemburgs**

*Unter dem Leitthema „Soziale Zukunft erarbeiten - Was heißt Wirtschaften im landwirtschaftlichen und im sozialen Organismus?“ fand vom 7.-11. Februar im Goetheanum in Dornach die Landwirtschaftliche Tagung 1996 statt. Über die Intention der Tagung schrieb Manfred Klett in der Einla-*

*dung: „Es besteht ... die drängende Zeitforderung, das Wirtschaften im landwirtschaftlichen Organismus, das ein eigenständiges ist, in ein rechtes Verhältnis zum Wirtschaftsleben im sozialen Organismus zu bringen. Davon hängt die soziale Zukunft ab. Dieses Wirtschaften verwebt aber nicht Lebensorgane der Natur, wie in der Landwirtschaft, sondern führt die Wirtschaftspartner, Landwirte, Gärtner, Weiterverarbeiter, Händler und Verbraucher in die Zusammenarbeit. Diese beinhaltet nicht weniger, als daß die Wirtschaftspartner das Motiv zu ihrer Zusammenarbeit im Wohlergehen des jeweils anderen suchen. Die Form zu dieser Zusammenarbeit ist die wirtschaftliche Assoziation. Im Zusammenhang mit der biologisch-dynamischen Erzeugung keimen vielerorts assoziative Ansätze. Auf dem Hintergrund der Bedingungen des Wirtschaftens im landwirtschaftlichen Organismus soll in der Tagung der Blick für solche keimhaften assoziativen Bemühungen und der Wille gekräftigt werden, sich in solidarischem Miteinander dieser sozialen Zukunft zu stellen.“ Dies geschah in Vorträgen, Foren von Produzenten, Händlern und Verbrauchern und in zahlreichen Arbeitsgruppen. Themen waren u.a. die Mitverantwortung des Verbrauchers (C. Strauwe), Vertragsgestaltungen (C. Czesla), Urteilsbildung und Entscheidungsfindung im assoziativen Gespräch (H. Zimmermann), Wirtschaften im landwirtschaftlichen Organismus (M. Klett) u.a. Außerdem wurde über konkrete Initiativen berichtet, so über die Wirtschaftsinitiative l'Aubier (Schweiz) und den Versuch in Luxemburg, den Handel in Zusammenarbeit mit den Höfen zu bringen. Über dieses Thema referierte Änder Schank. Die dargestellten Erfahrungen scheinen uns so wichtig, daß wir seinen Bericht hier abdrucken.*

### **Vermarktungsinitiativen in Luxemburg<sup>1</sup>**

*Änder Schank*

Dieser Bericht über unsere Vermarktungsinitiativen in Luxemburg gliedert sich in drei Abschnitte:

I. Zum einen ist es notwendig, die besondere Situation Luxemburgs darzustellen. Denn nur vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung der verschiedenen Projekte verständlich bzw. nachvollziehbar.

II. Die Darstellung der heute vorhandenen Vermarktungsstrukturen wird als Entwicklungsweg dargestellt, der nicht abgeschlossen ist und der zum Ziel das assoziative Wirtschaften hat.

III. Von außen sehen diese Strukturen sehr kompliziert aus. Deswegen sollen zum Schluß einige einfache Prinzipien behandelt werden, die als Leitgedanken oder Leitbilder dienen.

#### **I. Situation in Luxemburg**

Luxemburg ist ein kleines Land, eingeklemmt zwischen Deutschland, Belgien und Frankreich. Es bedeckt eine Fläche von etwa 2500 km<sup>2</sup>, auf der knapp 400.000 Menschen leben. Die Hauptstadt Luxemburg hat ca. 80.000 Einwohner. Ungefähr ein Drittel der Bevölkerung sind Ausländer. Von den arbeitenden Menschen sind die Hälfte Nicht-Luxemburger. Davon wiederum die Hälfte

1 Eine Parallelveröffentlichung erfolgte in der Zeitschrift „Lebendige Erde“.

kommt tagtäglich als Grenzgänger zur Arbeit. Der Grund ist, daß in Luxemburg die Löhne sehr hoch sind, nach neuesten Statistiken am höchsten auf der ganzen Welt. Vor allem die Banken haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, daß relativ schnell aus einem Agrarland ein Land wurde, welches seine Wertschöpfung vor allem im Dienstleistungsbereich hat.

Diese Entwicklung, aber auch die kleinen Strukturen haben es mit sich gebracht, daß einheimische Unternehmen mit hohen Kosten in Form von Löhnen und Mieten belastet sind und es schwer haben, gegen eine billigere Konkurrenz aus dem Ausland anzukommen. Dadurch, daß besonders im Lebensmittelbereich billigere Importprodukte auf den Markt drängen, ist es schwierig, eine eigene Produktion aufrechtzuerhalten und noch schwieriger, wenn nicht gar unmöglich, solche Produkte zu exportieren. Eine Erosion der einheimischen Landwirtschaft ist nur schwer abzuwenden.

Genau dasselbe gilt für die biologische und biologisch-dynamische Landwirtschaft. Laut Angaben der IFOAM bei der Pro-Sanita-Messe in Stuttgart vor einigen Jahren konsumieren die Luxemburger pro Kopf am meisten Produkte aus biologischem Anbau. Dieser weitere Weltrekord (der heute sicherlich an Dänemark und Österreich abgetreten wurde) hat zusätzlich zu den obengenannten Ursachen dazu geführt, daß ausländische Großhändler aus Belgien, Frankreich, Deutschland und Holland auch im Bio-Bereich ins Land drängen, um ihren Teil von diesem Markt an sich zu ziehen. Mit ihrer für größere Gebiete ausgelegten Logistik ist es für sie einfach, ein so kleines Regionalgebiet mit abzudecken. Was aber vielleicht von diesen Unternehmern zu wenig beachtet wird, ist die Tatsache, daß es letztendlich doch nur 400.000 Menschen sind, d.h.  $\frac{1}{200}$  oder 0,5% der Bevölkerung von Deutschland. Auch wenn keiner dieser (etwa 10) Bio-Importeure große Umsätze machen kann, so tragen sie doch zu einer schwierigen Marktsituation bei, die die Ausgangsbasis für unsere Vermarktungsinitiativen darstellt.

## II. Entwicklung

Ausgangspunkt unserer Unternehmungen ist die gemeinsame Umstellung des landwirtschaftlichen Betriebes meines Bruders von 1978 bis 1980. Der Hof liegt im Norden Luxemburgs, etwa 65 km von der Stadt entfernt. Seinerzeit gab es keinen einzigen landwirtschaftlichen Bio-Betrieb und eben auch keine Vermarktung solcher Produkte in Luxemburg. Wir fanden auf der Suche nach Absatzwegen Anschluß an eine Umweltgruppe, welche sich damals in der Stadt Luxemburg unter anderem auch mit alternativen Ernährungsformen beschäftigte. Eine Verbraucher-Kooperative „Bio-Kreis“ wurde gegründet, und kurz darauf konnte der erste Naturkost-Laden eröffnet werden. Als Mitbegründer war ich mit im Vorstand dabei und machte die ersten konkreten Erfahrungen in solch einem Unternehmen, welches mit hohen Idealen und demokratischen Prinzipien angetreten war. - Als einziger Landwirt in diesem Gremium hatte ich nun keinen einfachen Stand. Eines der Hauptprobleme war, daß keine Einigung darüber erzielt wurde, ob der Name des Produzenten auf den Produkten mit angegeben wer-

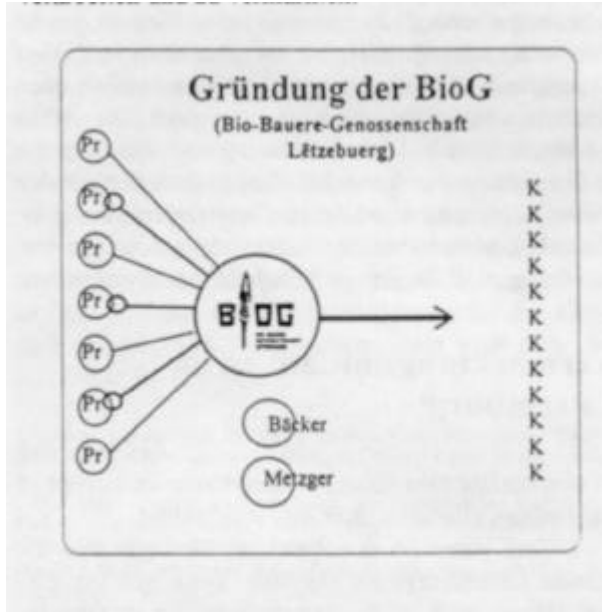
den durfte oder nicht. Man fürchtete damals, die Kunden würden direkt auf dem Hof einkaufen. Auch forderte man aus demselben Grunde, daß ab Hof zum selben Preis verkauft werden müßte, wie im Bioladen. Nach zwei Jahren kam es zur Trennung. Auf den weiteren Gang der Kooperative soll später noch eingegangen werden.

Von da an bauten wir auf unserem Hof die Verarbeitung und Vermarktung auf. Dies war aufgrund der großen Entfernung zur Stadt nicht so einfach. Wöchentliche Touren mit Brot und anderen Hofprodukten wurden eingerichtet. Dies war nur möglich durch den großen Einsatz einiger Verbraucher, die sich als Verteilerposten hergaben. Es gab inzwischen einen Bio-Gärtner und zwei weitere Bio-Landwirte; wir waren der einzige biologisch-dynamische Betrieb. 1986 erhielten wir den ersten Umweltpreis, der damals überhaupt zum ersten Male in Luxemburg vergeben wurde. Das damit verbundene Bekanntwerden in der breiten Öffentlichkeit bewirkte, daß mehrere andere Landwirte und ein Gärtner sich für die biologisch-dynamische Arbeit interessierten und auch in den darauffolgenden Jahren umstellten. Damit war eine ganz neue Situation gegeben. Um die Bewegung weiter zu entwickeln und auch um Anerkennungsarbeit zu leisten, gründeten wir Anfang 1988 den „Veräin fir biologisch-dynamesch Landwirtschaft Letzebuerg asbl“. Unter Mitwirkung von Freunden aus einer „Dreigliederungs“-Studiengruppe gaben wir dieser Organisation eine Rechtsstruktur, in welcher zusätzlich zur Anerkennungskommission drei Arbeitskreise verankert wurden. Es sind dies der Produzentenkreis, der Konsumentenkreis und der Händler- und Verarbeiterkreis. Beide erstgenannten sind sehr aktiv und treffen sich in der Regel monatlich. Der Händler- und Verarbeiterkreis ist leider etwas weniger als Kreis tätig. Warum dies so ist, wird vielleicht später verständlich. Diese Kreise sind Teile des Vereins und als solche nicht wirtschaftlich tätig. Sie stehen im Geistesleben (z.B. in der gegenseitigen Beratung) und sie stellen Vertreter in der Anerkennungskommission. Diese regelte bis zum letzten Jahr zusammen mit dem deutschen Demeterbund die Überprüfung und Anerkennung der Betriebe; neuerdings hat der Verein einen Treuhandvertrag mit dem Demeterbund und regelt diese rechtlichen Dinge im Rahmen dieses Vertrages autonomer.

Nun hatten die neu hinzugekommenen Betriebe natürlich kein leichtes Spiel, auf den Markt zu kommen. Inzwischen waren eine Reihe von weiteren Naturkostläden entstanden, welche von den ersten Bio-Großhändlern, vor allem aus Belgien und Holland, beliefert wurden. Gegen diese Konkurrenz war es nicht möglich, die eigenen Produkte in der Region abzusetzen. Hier spielt die spezielle Situation in Luxemburg eine Rolle. Die Naturkostläden erhielten die Produkte billiger, als unsere Bauern sie erzeugen konnten. Auch hatten die neuen Landwirte, die ihren Betrieb alle noch in der Familientradition führen, nicht die Voraussetzungen, um eine eigene Verarbeitung einzurichten. So wurde es notwendig, auch gemeinsam im Wirtschaftlichen aktiv zu werden.

## Verarbeitung

Im Oktober 1988 wurde die „BioG-Bio-Bauere-Genossenschaft Letzebuerg“ gegründet. Wir waren damals 6 Landwirte, ein Gärtner und 4 weitere Personen, welche diese Initiative ergriffen. Obschon die Genossenschaft ausschließlich von der biologisch-dynamischen Bewegung ausging, wurde sie so konzipiert, daß auch andere Bio-Betriebe Mitglied werden können. Wir wußten, daß wir in dieser schwierigen Marktsituation nur eine Chance hätten, wenn wir unsere Produkte nicht anonym, sondern mit einem klaren Profil anbieten würden. So setzten wir uns das Ziel, individuelle Hofprodukte gemeinschaftlich zu verarbeiten und zu vermarkten.



Diese Idee fand ihre erste Verwirklichung in unserem Projekt dezentraler Hofmolkereien. Eine erste solche Molkerei wurde dann auf dem Schanck-Hof eingerichtet und im Sommer 89 in Betrieb genommen. Wie funktioniert nun eine solche Molkerei? Die baulichen Veränderungen und alle immobilen Einrichtungen wurden vom Landwirt erbracht. Sie wurden dann von der Genossenschaft angemietet. Diese finanzierte selbst alle mobilen Einrichtungen. Der Verarbeiter bzw. die Verarbeiterin steht im Lohnverhältnis mit der BioG. Die Milch wird von der Milchammer in die Molkerei gepumpt, dort mengenmäßig erfaßt und von der BioG abgekauft. Diese verarbeitet sie dann und bringt sie in den Verkehr. Die Produkte bleiben aber Hofprodukte, das heißt sie werden mit dem individuellen Hofnamen gekennzeichnet. Für den Eigenbedarf und den Ab-Hof-Verkauf kauft der Bauer die fertigen Produkte zurück. Dies hört sich relativ kompliziert an, ist aber rechnerisch einfach zu handhaben. In dieser ersten Molkerei wurden Milch, Käse, Quark, Butter und Buttermilch hergestellt. Außer dem Käse müssen alle Produkte pasteurisiert werden, ansonsten hätten wir keine Erlaubnis für die Vermarktung bekommen.

Drei Jahre später haben wir dann die zweite Molkerei auf dem Hoeser-Hof in Betrieb genommen. Die Milchpasteurisierung und Einfüllung wurde von der ersten Molkerei nach hierher verlegt, d.h. es konnte eine Produktionsaufgliederung vorgenommen werden.

Wiederum drei Jahre später, also im letzten Jahr, wurde eine dritte Molkerei auf dem Wilhelm-Hof eingerichtet und im Spätherbst in Betrieb genommen. Hier wird nun eine Joghurt-Produktion stattfinden. Man sieht: immer wieder wird nach demselben Prinzip verfahren. Die von der Genossenschaft hergestellten Produkte werden als Hofprodukte individuell gekennzeichnet und dann vermarktet, sei es auf dem Hof oder über den Handel.

Im Getreidebereich, aber auch bei dem Gemüse, gehen wir ähnlich vor. Der Landwirt ist zuständig für das Lagern und Putzen, die Genossenschaft für das Mahlen und Verpacken. Der Name des Landwirtes als Repräsentant der Hofindividualität, der Name Demeter als Waren- oder Lizenzzeichen und der Name der BioG als Verarbeiter und verantwortlicher Wirtschaftspartner werden auf der Packung vermerkt und somit bis zum Verbraucher transportiert. Die Kennzeichnung mit dem Namen des Hofes stellt trotz dazwischenstehendem Handel eine Bewußtseins-Brücke zwischen Produzent und Konsument her. Dieses Verfahren ist aufwendiger, fördert dafür aber die Verbindlichkeit und Verantwortung zwischen den Marktpartnern und verhindert auch eine sonst oft übliche Abliefermentalität der Produzenten.

Schon bald nach der ersten Tätigkeit der Genossenschaft konnte ein Bäcker und später auch ein Metzger gefunden werden, welche sich für die Verarbeitung von Getreide und Fleisch unserer Betriebe engagieren wollten. Beide sind Demeter-Vertragsbetriebe und ergänzen das Ganze mit ihren eigenständigen Unternehmen. Im letzten Jahr ist noch ein weiterer Demeter-Vertrags-Bäcker dazugestoßen.

## Detailhandel

Bis jetzt haben wir die Verarbeitung besprochen. Die Frage stellt sich nun, wie wir mit unseren Produkten bis zu den Konsumenten gelangen. Als erstes wurde noch im Sommer 89 Kontakt aufgenommen mit dem Geschäftsführer der vorhin genannten Kooperative Bio-Krees, welche in Auflösung begriffen war. Dieser aber war an einer Zusammenarbeit in neuer Form nicht interessiert. Er übernahm den Laden und startete gleichzeitig mit einem eigenen Großhandel. Auch andere Läden zeigten wenig Interesse an einer Kooperation. So mußte ein anderer Weg gefunden werden.

Im Herbst 89 mieteten wir eine Halle mit 600 qm Fläche an einer nicht weit vom Stadtzentrum gelegenen Zufahrtsstraße. Mit Freunden aus der Waldorfbewegung gründeten wir eine GmbH mit dem Namen Naturata. Mit den Vertretern der Naturata-Bewegung in Deutschland, vor allem mit Herrn Knauss aus Überlingen, konnte eine Vereinbarung getroffen werden, so daß wir diesen Namen für unser Geschäft übernehmen konnten. Die Satzung wurde stark an die Ziele des „Verbundes Freie Unternehmensinitiativen“ angelehnt. Ähnlich wie in der BioG war man bestrebt, den Betrieb so einzurichten, daß die verschiedenen Bereiche - Lebensmittel, Bücher, Spielzeug und später auch Kosmetik - unternehmerisch autonom von Mitgesellschaftern geführt werden, ohne das Gemeinsame aus den Augen zu verlieren. Jede Abtei-

lung hat ihre eigenen Konten und ihre eigene Bilanz, die dann nachher konsolidiert wird.

Am 1. Oktober 89 wurde die Halle frei. Mit Hilfe vieler Freunde und auch der Bauern wurde in Tag- und Nacharbeit in der tristen Halle die neue Verkaufsstelle eingerichtet. Am 16. Oktober war dann der erste Verkaufstag, gerade noch rechtzeitig, um die Herbstfrüchte an den Kunden zu bringen. Neben den BioG-Produkten wurde ein breites Sortiment an Importware eingerichtet, wobei von Anfang an der Schwerpunkt auf den Frischbereich gelegt wurde. Sehr schnell entwickelte sich das Geschäft zum größten Naturkostladen in Luxemburg. Damit hatten wir als Bauern-Genossenschaft ein festes Standbein für unseren Absatz in der Stadt. Wir richteten eine kleine Demonstrationsküche ein, in welcher den ganzen Winter durch von Mitgliedern des Konsumentenkreises des biologisch-dynamischen Vereins einmal wöchentlich Kochkurse abgehalten werden. Auch sind wir nicht davor zurückgeschreckt, unseren Laden mit richtiger Werbung in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Wir hatten ja von vornherein in der Genossenschaft abgeklärt, daß der Ab-Hof-Verkauf erhalten und weiterentwickelt werden sollte. Mit der Einrichtung der Hof-Molkereien ergab sich, daß immer mehr Kunden ihre Milchprodukte dort holten. Jeder Landwirt kennt das damit verbundene Problem. Zu fast jeder Tageszeit muß jemand vom Hof aus der Arbeit raus oder vom Mittagstisch weg, um Kunden zu bedienen, Bestellungen aufzunehmen, Erklärungen abzugeben usw. Auch fragten die Kunden immer wieder nach weiteren Produkten. Dies alles überforderte die Menschen auf den Höfen. So kamen wir dazu, ein Hofladen-Konzept zu entwickeln. In Luxemburg ist es so, daß man für die Führung eines Geschäftes eine sogenannte Handelsermächtigung braucht. Hat man eine solche, kann man damit ein Hauptgeschäft und mehrere Filialen betreiben. Diese Rechtsgrundlage benutzten wir, um die Hofläden einzurichten. Hierbei bemühten wir uns, der individuellen Hofsituation gerecht zu werden.

Ein erster Hofladen als Naturata-Filiale wurde auf dem Schanck-Hof eingerichtet. Die Bäuerin will nichts zu tun haben mit dem Rechnungswesen, mit der Buchhaltung und mit allen anderen bürokratischen Dingen. Sie bestellt die Zukauf-Waren, stellt sie in die Regale und verkauft sie genau so wie die eigenen Hofprodukte. Letztere werden ohne Gewinnspanne für die Naturata an den Kunden verkauft. Die Bäuerin bekommt hierfür den ganzen Preis. Mit Hilfe einer etwas teureren Computerkasse mit verschiedenen Registern können die Produkte im Verkauf auseinandergelassen werden. Über diese Kasse hat der Landwirt zusätzlich die von der EG-Kontrolle für Bio-Produkte geforderte tägliche Auflistung der Verkaufsprodukte. Für die geleistete Arbeit wird die Bäuerin mit einer „Kommission“ entlohnt.

Ein zweiter Hofladen auf dem Hoesser-Hof wurde ähnlich geplant wie dieser erste. Die Bäuerin hier konnte auf die Kenntnisse aus ihrer früheren Tätigkeit zurückgreifen, und so wurde ein von Naturata unabhängiger Gewerbebetrieb neben dem landwirtschaftlichen Betrieb hingestellt. Da auf diesem Hof noch weitere Familien-

mitglieder mitarbeiten, kann diese Bäuerin, nachdem die Dinge eingerichtet waren, das Geschäft ganz allein führen. Zwischen Hof und Laden wurde eine aus steuerlicher Sicht optimale Lösung gesucht und gefunden.

Im dritten Falle, auf dem Wilhelm-Hof, gibt es nun genau das Gegenteil. Vom Hof hat niemand Lust oder Zeit, sich mit dem Laden zu beschäftigen. Hier wurde wiederum eine Filiale eingerichtet. Der Bauer baute einen Kälberstall zu einem kleinen Hofladen um. Dieser wird angemietet von der Naturata, die auch das Verkaufspersonal stellt. Die Hofprodukte gehen wiederum indirekt über das Register der Kasse und werden für den Landwirt mitverkauft.

Das Konzept ist immer dasselbe. Es gilt je nach Situation auf dem Hof, die Sache nach individuellem Maß zurechtzuschneiden. Der Vorteil für den Einzelnen und für das Ganze muß erlebbar werden. Und das findet auch über die Demeter-Bewegung hinaus Akzeptanz. Es gibt inzwischen einen weiteren Bio-Hof, der interessiert ist, in dieses Naturata-Verbundsystem einzusteigen. Wir sind grundsätzlich offen für alle anerkannt ökologischen Betriebe, sofern es darum geht, im wirtschaftlichen Bereich Brücken zu bauen zwischen Landwirt und Verbraucher. Das schließt aber nicht aus, daß andere Betriebe eigene Lösungen suchen. So hat ein weiterer Demeter-Hof, die Betriebsgemeinschaft Terren-Hof in St. Vith in Belgien, die Mitglied im „Veräin“ und in der BioG ist, einen eigenen Hofladen aufgemacht. Hier besteht die Zusammenarbeit im wesentlichen im Warenfluß.

Dieses Konzept beschränkt sich nun nicht nur auf Hofläden. Schon vor 2-3 Jahren hatten der Bäcker und auch der Metzger in ihren Verkaufsräumen Naturkost-Ecken eingerichtet. Eine frühere Mitarbeiterin von uns hat inzwischen mit ihrem Mann den Laden übernommen, welcher vom früheren Geschäftsführer der Kooperative nun endgültig aufgegeben wurde. Ein weiterer Mitarbeiter, der auch gleichzeitig Gärtner ist, hat ab diesem Januar einen Stand von einem jetzt in Pension gehenden Bio-Gärtner auf dem Markt übernommen. Beide, der erstgenannte Laden als auch dieser Gärtner sind unternehmerisch selbständig, kooperieren aber eng mit uns.

Des weiteren hat sich ergeben, daß Naturata im Laufe des letzten Jahres zwei Naturkostläden aufkaufen konnte, welche in kleineren Städten liegen und nun aufgegeben wurden. Beide werden als Naturata-Filialen betrieben. Einer dieser Läden liegt in unmittelbarer Nachbarschaft eines Demeter-Hofes, der auch Mitglied in der BioG ist. Dieser hat jetzt die Möglichkeit, seine Produkte dort direkt zum Großhandelspreis abzusetzen. - Wir haben also insgesamt gesehen einen größeren Naturata-Kernbetrieb in der Stadt Luxemburg, zwei Naturata-Hofläden und zwei Naturata-Filialen in anderen Ortschaften. Dazu kommen weitere Hofläden und auch andere Verkaufsstellen, die unternehmerisch unabhängig sind, aber trotzdem in einer mehr oder weniger engen Kooperation stehen.

Seit März 94 beliefern wir drei Verkaufsstellen einer Supermarktkette. Die Konkurrenz stellte schon jahrelang Bio-Produkte in deren Regale, wir dagegen taten uns immer schwer mit einer solchen Belieferung. Nachdem

ein den Demeter-Kriterien für SB-Märkte entsprechenden Vertrag zwischen dem Demeter-Bund Deutschland, dem luxemburgischen Verein und den beiden Geschäftspartnern abgeschlossen werden konnte und auch alle Bioläden um ihre Stellungnahme gefragt waren, stand einer solchen Zusammenarbeit über die Naturkostszene hinaus nichts mehr im Wege. Im Hauptgeschäft dieser Kette wurde an zentraler Stelle ein Gemüsestand eingerichtet, der von den Kunden recht gut angenommen wird. Die Zusammenarbeit kann bis jetzt als positiv bewertet werden.

## Großhandel

Nun fehlt noch ein wichtiges Glied im Ganzen; das ist die Distribution. Von Anfang an hat die Genossenschaft BioG die logistische Verbindung zwischen Landwirtschaft und Naturata hergestellt. Erst über den Verkauf der BioG-Produkte im Naturatageschäft entstand eine Nachfrage in anderen Läden. Diese wurden dann auch beliefert. Es stellte sich aber bald heraus, daß aufgrund des kleinen Sortiments diese Verteilung wirtschaftlich nicht zu verkraften war. Um die Fahrten zu rentabilisieren, wurden Import-Produkte mit ins Programm genommen. Neue Gespräche mit dem Großhandel „Dynamis“ der früheren „Kooperative Bio-Krees“ führte dazu, daß wir von der Genossenschaft aus dessen Nachfolge antreten konnten. Dazu wurde im Sommer 92 eine eigene Firma „Biogros“ gegründet. Diese Firma übernahm alle Distributionsaufgaben, und BioG beschränkte sich ab diesem Moment auf die Verarbeitung und das Inverkehrbringen. Biogros wurde Demeter-Vertragsgroßhändler und importierte ab dann solche Produkte vor allem aus Deutschland. Des weiteren wird Obst und Gemüse aus Frankreich und Holland importiert. Dies geschieht mit Partnern, die dort tätig sind und bereit waren, mit uns zu kooperieren - und nicht, wie viele andere es allzu oft tun, den Markt selbst bearbeiten wollen. Ähnliche Ansätze zu positiven Kooperationen gibt es auch mit deutschen Unternehmen.

Die Verwirklichung dieses und des weiteren Konzeptes war nur möglich durch die Hilfe vieler Menschen. Vor allem zwei Personen möchte ich hier erwähnen, die mit Rat und Tat beistanden. Es sind dies für das Konzept der Molkereien Herr Griesbach und für die Entwicklung der Vermarktungsstrukturen Herr Herrmannstorfer. Von ihm hatten wir den Rat bekommen, uns zuerst als Produzenten zusammenzuschließen, um zu einheitlichen Preisen zu kommen und damit anderen Partnern gegenüber vertragsfähig zu werden. Eine interne Vereinbarung besagt, daß unsere Bauern außer dem Ab-Hof-Verkauf nur an andere Partner liefern können, nachdem hierüber gemeinsam befunden wurde.

Mit diesem letzten Glied in der Kette ist nun unsere Vermarktungsstruktur komplett. Wir sind vom Zusammenfinden in einer Genossenschaft ausgegangen und wollten eigentlich die ganze Vermarktung dort hineinpacken. Die Entwicklung führte aber dahin, daß das Ganze ähnlich nach Funktionen gegliedert wurde, wie es im normalen Handel auch der Fall ist. Mit dem einen Unterschied: Die Initiative geht von der Landwirtschaft aus, sie liegt auch rechtlich in der Hand der Produzenten und ist

bis in die Produktkennzeichnung auch auf die Landwirtschaft zurückorientiert.

Dies alles mußte Stufe um Stufe mühselig aufgebaut werden. Manche technische, finanzielle und auch menschliche Schwierigkeiten mußten überwunden werden, andere stehen uns sicher auch noch bevor.

Betrachtet man eine solche Vermarktungsstruktur, so fällt auf, daß der Warenstrom und umgekehrt der Geldstrom am meisten im Großhandel gebündelt wird. Damit wird deutlich, welche große Bedeutung dieser Schaltstelle im Wirtschaftskreislauf des sozialen Organismus zukommt. Er nimmt am besten wahr, was erzeugt wurde und was von den Verbrauchern verlangt wird, und er kann seine Tätigkeit darauf ausrichten. Tut er dies im dienenden Sinne, so kann er den Kreislauf optimal in Fluß halten. Ist er ausschließlich auf die eigenen Interessen konzentriert, kommt es zu schädlichen Stauungen und Stockungen. Wir haben im Logo von Biogros ein Bild des römischen Gottes Mercurius eingebaut. Er war der Gott der Händler und der Diebe. Damit ist angedeutet, daß gerade in diesem Bereich der Handel die Möglichkeit hat, seine Position und Macht für die Gesamtheit der Partner einzusetzen oder nur für die eigenen Zwecke auszunutzen.

Man kann sich vorstellen, daß das ganze Gefüge, das ja mittlerweile viele Menschen umfaßt, nur leben und sich entwickeln kann, wenn alle Partner dauernd im Gespräch sind und ihre Eigeninteressen in einen Zusammenklang bzw. Ausgleich bringen. Zusätzlich zu den unzähligen Sitzungen in den einzelnen Bereichen (bei Naturata sind wir bei Protokoll 179 angelangt) findet mindestens einmal im Jahr, in der Regel im Herbst, ein sogenanntes Marktgespräch statt. Hier werden am runden Tisch mit allen Marktpartnern vor allem die Preise besprochen. Hier kann der Einzelne auch wahrnehmen, daß im Sozialen jedes Einzelurteil falsch ist, wie Steiner dies ausgedrückt hat. Die Bildung eines gemeinsamen Urteils, bei welchem alle Interessen zumindest wahrgenommen werden, ist ein schwieriger Prozeß, der aber ungeheuer fruchtbar ist für das Ganze.

Natürlich braucht man für ein so komplexes Gebilde auch Kapital. Verschiedene Finanzierungswege wurden eingeschlagen. Zu den Genossen- und Gesellschafteranteilen kamen Startspenden sowie zinslose oder zinsgünstige Kredite von Privatpersonen. Eine Naturschutzorganisation sponsorte die ersten Milchflaschen, trug zum Kauf eines kühlbaren Lieferwagens und der Einrichtung einer Hofmolkerei bei. Eine andere Umweltschutzorganisation finanzierte eine Getreideabfüllmaschine.

Des weiteren wurden über eine Leihgemeinschaft mit der GLS-Bank in Bochum stille Gesellschafter gewonnen. Selbstverständlich wurden für die verschiedenen Ausbaustufen auch normale Bankkredite aufgenommen, wobei Landwirte und Unternehmer gegenseitig bürgten. Für die letzte Molkerei wurde ein Kredit bei einer alternativen Kreditgenossenschaft in Belgien aufgenommen. Da die Betriebe insgesamt gesehen unterkapitalisiert sind und wir das Unternehmerrisiko auf viele Schultern verteilen wollten, bemühten wir uns im vergangenen Jahr, eine Beteiligungsgesellschaft einzurichten. Ein erster



Anlauf ist im letzten Moment gescheitert, doch die Hoffnung dafür ist noch nicht ganz aufgegeben.



### III. Einige Leitgedanken

Diese hier vorgestellten Vermarktungsunternehmen haben sich aus dem Leben heraus entwickelt. Es bestand nicht ein einmal festgelegter Plan, die Dinge haben sich nach und nach ergeben. Die zuerst dargestellte spezielle Situation in Luxemburg hat sicher zu dieser Entwicklung beigetragen.

Es galt und gilt vor allem die Zeitforderungen wahrzunehmen und daraus geistesgegenwärtig zu handeln. Die Frage der Regionalisierung des Marktes im Gegensatz zur Globalisierung der Weltmärkte, das Heraufkommen von „Fair-Trade“-Handelsformen im Zusammenhang mit der dritten Welt sind Zeiterscheinungen, die zeigen, daß neue Horizonte im Wirtschaftsleben gesucht werden.

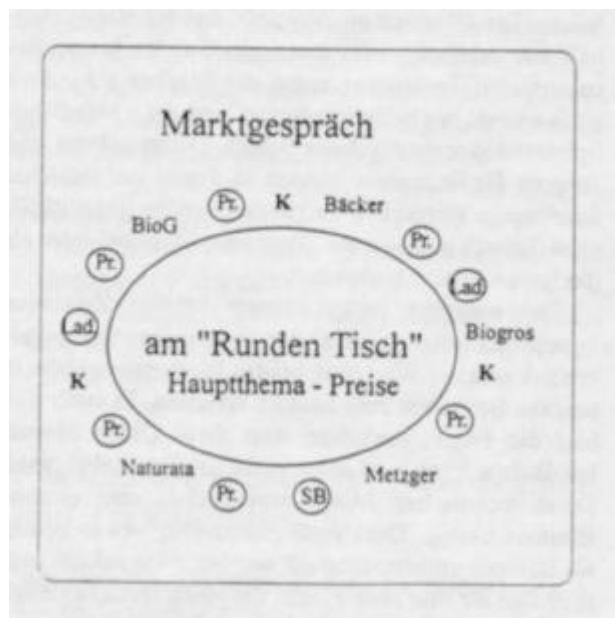
Es gab aber von Anfang an ein Bemühen um gewisse Grundprinzipien oder Leitgedanken. Einer dieser Leitgedanken spricht sich in R. Steiners „Motto der Sozialethik“ aus: „Heilsam ist nur, wenn im Spiegel der Menschenseele sich bildet die ganze Gemeinschaft, und in der Gemeinschaft lebet der Einzelseele Kraft“. Dieser Spruch begleitete uns, wenn auch im kleinsten Kreise, seit Beginn der Arbeit bis heute. Immer wieder gilt es, den Einzelnen in seine unternehmerische Verantwortung zu stellen, dies erst ermöglicht Initiative. Eine solche Zeitforderung bedingt klare Gliederung innerhalb der Unternehmen. Dem gesunden Egoismus des Einzelnen muß ebenso Rechnung getragen werden wie den Interessen der Gemeinschaft. In der Artikelfolge der ZEIT „Sozialer Konsens“ vom 12. Januar 1996 wird deutlich, daß die soziale Frage im Wirtschaftsbereich immer mehr thematisiert wird. In diesem Artikel mit dem Titel „Zurück zur Verantwortung - Die Gesellschaft braucht einen neuen Kooperationsvertrag“ wird formuliert: „Die moderne

Spieltheorie kann belegen, daß in einer Welt von Egoisten, die ausschließlich auf den eigenen Vorteil bedacht sind und jede Kooperation verweigern, am Ende ein Spielergebnis herauskommt, das für alle Beteiligten wesentlich vorteilhafter hätte sein können, wenn sie zur Kooperation bereit gewesen wären. Die Chancen eines Spiels, das für alle vorteilhaft ist, erhöhen sich, wenn ein Spieler kooperativ beginnt, auf die Verweigerung der Spielpartner jedoch auch einmal nachsichtig reagiert und die zukünftigen Spielrunden stets im Auge behält. Derart seltene und riskante Bedingungen können in Form verbindlicher Spielregeln vertraglich vereinbart werden. Im alltäglichen Tausch sind sie als 'Treu und Glauben' oder als die 'guten Sitten' wirksam.“

Des weiteren fordert unsere heutige Zeit eine Auseinandersetzung mit der modernen Computertechnik und der Werbung, beides Elemente, welche in unseren Betrieben zum Einsatz kommen. Es stellt sich hier die Frage, inwiefern man diese Dinge bewußt handhaben kann und man nicht „gehandhabt“ wird. Diese technischen Mittel ermöglichen eine enorme Breitenwirkung. Dem muß gleichzeitig etwas geistig als Balance entgegengestellt werden. Wie schafft man das? Das ist eine stete Frage, die einen dann begleitet. Dieselbe große Polarität ist zu überbrücken, wenn man Supermarkt und Ab-Hof-Verkauf vor Augen hat. Wir dürfen nicht vor diesen Zeiterscheinungen weglaufen, können sicher aber einen qualitativen, inhaltlichen Beitrag zur Überbrückung leisten.

Die Erfahrung zeigt: Wenn man in diesem Sinne sich bemüht, allein oder im kleinsten Kreis, und zwar nur mit denen, die dazu freiwillig bereit sind, dann ergeben sich Entwicklungen und letztendlich auch menschliche Schicksale, die nicht organisierbar sind. Und die gilt es dann zu ergreifen ganz im Sinne des Alten in Goethes Märchen: Ein Einzelner hilft nicht, sondern wer sich mit vielen zur rechten Stunde vereinigt.

*Änder Schank, Haus 62 A, L-9755 Hëpperdang.*



## **Freiraum für soziale Gestaltung und menschliche Begegnungen e.V. Erlangen**

(cs) Der „Freiraum hat das Ziel, Formen einer ‘Sozialkunst’ zu entwickeln, die das Schöpferische und Kreative eines jeden Menschen im Alltag weckt und fördert. Aus dem Umkreis der Waldorfpädagogik entstanden, werden aktuelle Fragen des menschlichen Zusammenlebens mit Hilfe unterschiedlicher Konzepte aus Sozialwissenschaften, Kunst und Erwachsenenbildung thematisiert. In diesem Jahr werden beispielsweise Kurse zu Themen wie „Gesprächsfähigkeit“, „Männlich-weiblich“ und „Biographische Krisen - Formverwandlungen“ angeboten.

*Nähere Informationen:* Freiraum für soziale Gestaltung und menschliche Begegnung e.V., Loewenichstr. 35, 91054 Erlangen, Tel.: 09131/25466 (Iris Frick), 09131/208345 (Katrin Kokocinski).

## **Arbeitskreis zur Umsetzung und Finanzierung von mehr Menschlichkeit im Alter**

(rh/cs) Der Arbeitskreis soll sich mit den im Gefolge der Pflegeversicherung entstandenen Problemen beschäftigen. Dabei sollen folgende Fragen bearbeitet werden: - Wie müßte man den Unterschied Pflegepraxis nach der Pflegeversicherung und nach unseren Idealen so deutlich machen, daß man auch verstanden wird? - Wie müßten die Assoziationen von Waldorfschulküchen - Fahrdiensten - Menschen, die auf „Essen auf Rädern“ angewiesen sind - aussehen? - Wie müßte das Zusammenwirken von mobilen sozialen Diensten, Nachbarschaftshilfe und generationenübergreifenden Begegnungsformen aussehen? - Wie bekomme ich als Träger zukünftig auch notwendige und sinnvolle Leistungen honoriert, die trägerspezifisch sind, aber eigentlich in keinen offiziellen Leistungskatalog passen?

Gedacht ist daran, einen Personenkreis zu bilden, der an solchen Fragen arbeitet und Überzeugungsarbeit in kleinen Schritten leistet, gleichzeitig aber auch mit anderen Organisationen und Institutionen, die ähnliche Ziele verfolgen, zusammenarbeitet.

*Weitere Auskunft:* Reinhold Hach, Amselweg 8, 54294 Trier-Zewen, Tel.: 0651-85857.

# Ankündigungen und Termine

## Goetheanum-Festival, Maastricht, 13.-17. Oktober 1996: Schwellenbewußtsein in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

*Aus der Ankündigung:* „Als Festival, als Fest, wird die Michaelitagung 1996 in Maastricht gestaltet sein. Sie wird nicht nur für Mitglieder der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft, sondern auch für die Öffentlichkeit veranstaltet, besonders auch die Mitarbeiter aller anthroposophischen Institute und Organisationen sind herzlich eingeladen. Die Tagung der niederländischen Föderation der Waldorflehrer wird in das Michaeli-Festival aufgenommen. Das Thema gliedert die Tagung: Montag, 14. Oktober: Tag der Wissenschaft; Dienstag, 15. Oktober: Tag der Künste; Mittwoch, 16. Oktober: Tag des sozialen Lebens; Donnerstag, 17. Oktober: Tag der Verantwortlichkeit. Der Tagesrhythmus hat Festival-Charakter: jede Zusammenkunft beginnt mit Kunst: künstlerische Übungen, Theaterfragmente, Nachmittagskonzerte, Michaelshymnen und Eurythmie. Die zahlreichen Workshops und Parallelsessions haben Übungscharakter: Übe Wissenschaft, übe Kunst, übe soziales Leben. An den Abenden werden zwei Betrachtungen über das Michaelifest reichlich von Kunst umgeben sein. Das Michael Festival will das öffentliche Gespräch zwischen Anthroposophie und anderen geistigen Entwicklungen anregen.“

Mitwirkende: Prof. Dr. Michael Bockemühl, Studium fundamentale, Universität Witten-Herdecke. Dr. Michaela Glöckler, Leiterin der Medizinischen Sektion am Goetheanum. Elmar Lampson, Komponist, Dirigent, Orchester Akademie Hamburg. Dr. Paul Mackay, Bankier der Triodos Bank. Miha Pogacnik, Initiativträger des Idriart-Festivals. Dr. Manfred Schmidt-Brabant, Vorsitzender der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft. Dr. Virginia Sease, Leiterin der Sektion für redende und musizierende Künste am Goetheanum. Dr. Rupert Sheldrake, Explorer of Morphic Resonance. Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Forschung zur Ökologisierung der Marktwirtschaft.

*Tagungsbüro bis 11. Oktober 1996:* Anthroposophische Vereinigung in Nederland - „Michaeli Festival 1996“. Boslaan 15, NL-3701 CH Zeist, Holland. Telefon: 0031 / 30 691 82 16, Fax: 0031 / 30 691 40 64. *Tagungsbüro ab 12. Oktober 1996:* Maastricht Exposition & Congres Centre MECC. „Michaeli Festival 1996“. Postbox 1630, NL-6201 BP Maastricht, Tel. 0031 / 43 383 83 83, Fax: 0031 / 43 383 83 00. *Öffnungszeiten:* Samstag, 12. Oktober: 14-18.00 Uhr, Sonntag, 13. Oktober, 16.00-20.00. Mo, 14., bis Do, 17. Oktober: 13.00 - 15.00 Uhr.

## Einladung zur Sommertagung 1996 im Internationalen Kulturzentrum Achberg vom 27. Juli bis 3. August 1996: Eine Begegnung der Generationen zum Thema „Die Kraft der Anthroposophie‘ angesichts der geschichtlichen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“

(wh) Wo stehen wir heute im Hinblick auf diese Perspektive? Was ist die Ursache dafür, daß die Anthroposophie und die anthroposophische *Bewegung* weit, weit zurückgeblieben sind hinter den Erwartungen Steiners (Stichwort „Kulmination“ am Ende des Jahrhunderts)? Wie hängt die heutige Weltlage zusammen mit der Biographie und dem Schicksal der Anthroposophischen bzw. der Allgemeinen Anthroposophischen *Gesellschaft*?

Worin bestehen die konkreten geschichtlichen Herausforderungen in der Gegenwart (z.B. in der Europafrage) und wie könnten wir trotz großer Versäumnisse in der Vergangenheit ein goetheanistisch begründetes, an der Dreigliederungsidee orientiertes, alternatives Entwicklungsprojekt mit realistischen Aussichten konzipieren und sowohl geistig wie gesellschaftlich-politisch in die historische Waagschale werfen? *Durch welche Taten könnten anthroposophische Bewegung und Anthroposophische Gesellschaft wieder „eins“, d.h. zugleich Dreigliederungsbewegung werden und wie müßten wir zusammenarbeiten, um „die Kraft der Anthroposophie“ auf ein wesentliches soziales Unternehmen lenken zu können?*

Das sind Fragen, welche die Initiative der Achberger Sommertagung mit allen daran Interessierten besinnen und besprechen möchte. Es lädt ein:

*Achberger Institut für Zeitgeschichte und Dreigliederungsentwicklung*

Detailliertes Programm (Arbeitsmaterialien, Anmeldung usw.) bitte anfordern bei:

*Internationales Kulturzentrum Achberg, Tagungsbüro, 88147 Achberg, Tel.: 08380 - 335, Fax: 675 (Peter Barth, Herbert Schliffka).*

## Hochschulwochen 1996 - Programm- und Terminübersicht

### Studentische Sommerakademie Stuttgart, 8. - 18. September 96

#### Fachkurse, Gesprächskreise, Zeitfragen

Chorsingen, Textarbeit (R. Steiner, Grundlinien), betreut von Studierenden. Künstlerische Workshops. Fachkurse: Sprachwissenschaft, Bewußtseinsgeschichte, Sozialwissenschaften, Medizin, Biologie. Betrachtungen (Sachzwänge, Regelungen, Handlungsräume. Studierende in

einer solchen Welt; Abkunft und Zukunft des Menschen). Fachübergreifende Gesprächsgruppen, initiiert von Studierenden.

*Kurs Sozialwissenschaften:* Wie entstehen Handlungsräume im Sozialen - gegen Ideologien, Machtstrukturen und Systemzwänge? - Mit Christoph Strawe.

*Infos und Anmeldeunterlagen:* Freies Hochschulkolleg, Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart. Tel.: 0711/2368950, Fax: 2360218.

### **Anthroposophische Hochschulwochen Stuttgart, 19. - 29. September 96**

(Für Fortgeschrittene, z.B. Teilnehmer der letzten Jahre.) Chorsingen, Studium fundamentale (Zeitzyklen: Rhythmen der Natur, des Geistes und des inneren Menschen; Unsere Erde und wir), Studium integrale. Fachkurse: Sprach- und Literaturwissenschaft, Psychologie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Biologie und Ökologie, Mathematik, Medizin, Russisch, Musikwissenschaft, Architektur.

*Kurs Sozial- und Wirtschaftswissenschaften:* Erkennen und Handeln im Sozialen: Teil 1 (19.-23.9.): Die soziale Bedeutung der wissenschaftlichen Bewußtseinshaltung (Matthias Küster). Teil 2 (24.-29.9.): Freiheit und Brüderlichkeit (Arbeit an „Philosophie der Freiheit“ und „Nationalökonomischem Kurs“ (Udo Herrmannstorfer). *Infos und Anmeldeunterlagen:* Freies Hochschulkolleg, Büro Strawe, Adresse wie oben.

### **Neunte Sommeruniversität Kassel, 25. August - 21. September 96 - Der Reichtum der Erscheinungen - Vom Erleben zu ganzheitlichen Ideen**

Kursangebot: Physik, Mathematik, Chemie und Medizin, Biologie, Literaturwissenschaft, Kunstgeschichte mit Malübungen, Anthroposophie, Waldorfpädagogik, Biographik, Eurythmie, Speerwerfen, Holzschnitzen, Bothmergymnastik, Freie Musik, Russisch. *Infos und Anmeldeunterlagen:* Sommeruniversität, Brabanter Str. 43, D-34131 Kassel. Tel.: 0561/9375845 oder 37206. Fax: 0561/9375848

### **Sommeruniversität Goetheanum, Dornach (Schweiz), 15. Juli - 2. August 96 - Erfahrungen auf der anderen Seite der Naturwissenschaft - Bildcharakter der Wahrnehmung und Verantwortungsfähigkeit**

Morgenseminar, Praktikum zu den Naturreichen, künstlerische Übungen, Exkursionen, Textarbeit an methodischen Grundschriften R. Steiners. *Infos und Anmeldeunterlagen:* Forschungsinstitut am Goetheanum, Hügelweg 59, CH-4143 Dornach. Tel.: + 41-61/7064210, Fax: + 41-61/7064215.

### **Übungswoche für Landschaftsgestalter, Landwirte und Ökologen, Mahlitzsch bei Dresden, 17. - 25. August 96: Naturnahe und menschennahe Landschaftsgestaltung in der Landwirtschaft**

Die Übungswoche auf dem biologisch-dynamischen Hofgut Mahlitzsch knüpft unmittelbar an den „Landwirtschaftlichen Kurs“ R. Steiners an. *Infos:* Forschungsinstitut Dornach, Adresse wie oben.

### **Sommeruniversität Schweiz, 3. - 12. August 96 - Naturerkennen - Kulturschaffen**

Seminare: Von der Kausalität in der Physik zu den Bedingungen der Lebensentfaltung. Natur- und geisteswissenschaftliche Evolutionsauffassungen. Der Mensch als Typus der Weltmetamorphose. Nachmittagsexkursionen ins Rückzugsgebiet des Aletschgletschers. Künstlerische Übungen. *Infos und Anmeldeunterlagen:* Johannes Kreyenbühl Akademie, Seewenweg 5, CH-4143 Reinach/BL, Tel./Fax: + 41-61/7120910.

### **Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ - Terminspiegel**

24.-27. Oktober 1996: Verlängertes Wochenendseminar, Vaihingen-Enz (bei Stuttgart): **Die Menschheit will ein Ganzes werden - Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung?** Mitwirkende: Dr. Ibrahim Abu-leish, Marco Bindelli, Walter Burkart, Johannes Christenn, Patrick Hohmann, Udo Herrmannstorfer, Anand Mandaiker, Christoph Strawe, Wladimir Sagvosdkin, Udo Zöller, Floris van der Ham u.a.

11.-13. Oktober 1996: **Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens.** Forum Kreuzberg, **Berlin.** Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe.

1.-3. November 1996: **Assoziatives Wirtschaften - Wege zur Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben.** Forum Kreuzberg, **Berlin.** Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

10.-12. Januar 1997: **Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens.** **Wien.** Mit Christoph Strawe und Friedrich Platzer.

17.-19. Januar 1997: **Lebensfelder der Gleichheit - Recht, Staat, Politik.** Forum Kreuzberg, **Berlin.** Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

24.-26. Januar 1997: **Dreigliederung des sozialen Organismus - zeitgemäße Antwort auf soziale Probleme der Gegenwart.** **Jena.** Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

31. Januar-2. Februar 1997: **Assoziatives Wirtschaften.** **Wien.** Mit U. Herrmannstorfer und F. Platzer.

14.-16. Februar 1997: **Waldorfschule und Dreigliederung - Sozialimpulse im Lehrplan** (Arbeitstitel). Studienhaus Rüspe, Kirchhundem.

28. Februar-2. März 1997: **Freiheit als Gestaltungsprinzip des Geisteslebens.** **Überlingen.** Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

7.-9. März 1997: **Lebensfelder der Gleichheit.** **Wien.** Mit U. Herrmannstorfer und F. Platzer.

11.-13. April 1997: **Assoziatives Wirtschaften.** **Überlingen.** Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

23.-25. Mai 1997: **Recht, Staat, Politik.** **Überlingen.** Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe.

**Fordern Sie bitte genauere Informationen bzw. Anmeldeunterlagen an bei:** Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel.: (0711) 23 68 950, Fax: (0711) 23 60 218.

# Über Umfang und Grenzen der demokratischen Methode

## Ein Nachtrag zur Debatte über den Demokratiebegriff im letzten Rundbrief

Rainer von Zastrow

Das Thema des letzten Rundbriefs berührt Zusammenhänge, mit denen ich mich seit vielen Jahren intensiv beschäftige. Wenn Herbert Schliffka schreibt: „Die anthroposophische Gesellschaft hat keine Gesetze, Verordnungen u.ä. zu beschließen, die für alle Menschen einer Rechtsgemeinschaft durch diesen Beschluß bindende Wirkung erlangen“ (S. 18), dann liegt hier wieder das klassische Mißverständnis vor, *nur* die vom Staat bzw. den Behörden erlassenen Rechtsvorschriften seien Rechtsleben. Tatsächlich sind z.B. die Statuten der AAG Früchte des Rechtslebens innerhalb dieser Gesellschaft.

Wenn pauschal gesagt wird, das demokratische Prinzip sei für das Geistesleben schädlich und unangemessen, dann wird dabei vorausgesetzt, eine soziale Einzeleinrichtung wie z.B. ein Arbeitszentrum der Anthroposophischen Gesellschaft sei ausschließlich „Geistesleben“. Glücklicherweise ist soeben ein Artikel von Michael Harslem erschienen<sup>1</sup>, in dem er diese Auffassung korrigiert. Dort heißt es: „Manche Vertreter des sozialen Dreigliederungs-Gedankens meinen, daß er nicht auf kleinere soziale Gebilde übertragen werden kann. Dieser Annahme möchte ich entgegenstellen: Wird der Denkansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus als ein Ansatz zur Gesundung der sozialen Verhältnisse begriffen, dadurch, daß bestimmte Bereiche in ihren Funktionsprinzipien wesensgemäß richtig geordnet werden können, dann läßt er sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen anwenden - vorausgesetzt, man versteht die Dreigliederung nicht als institutionelles, sondern als *funktionales Ordnungsprinzip*... So wird das Funktionsprinzip der *Freiheit* dem *Geistesleben* zugeordnet, so daß auch vom „freien Geistesleben“ gesprochen wird. Dies ist dann berechtigt, wenn man das Geistesleben nicht institutionell auffaßt, sondern als *Tätigkeitsbereich* definiert, in dem es um Fragen der schöpferischen geistigen Tätigkeit, der Erkenntnis, der Ideen, Ideale, Zielsetzungen geht. Diese Aufgabenstellung bzw. dieser Arbeitsbereich findet sich in sehr vielen bzw. fast allen gesellschaftlichen Bereichen, Einrichtungen, Institutionen, Unternehmen.“ (Hervorhebungen R.v.Z.) Wir können also hier davon ausgehen, daß alle sozialen Einzeleinrichtungen alle drei Funktionsbereiche des sozialen Organismus aufweisen.

Wer meinte, derjenige, der sich für Demokratie einsetze, befinde sich noch - als Rückständiger - im Bereich des römischen Rechtes, findet bei *Karl Heyer* über den Zusammenhang von römischem Recht und Demokratie

wichtige Angaben<sup>2</sup>. Heyer unterscheidet drei Perioden der Rechtsentwicklung: 1. Das Altertum kannte nur die Theokratie, die alleinige Herrschaft durch die geistigen Führer. Man könnte das als „Eingliederung“ bezeichnen. 2. In der griechisch-römischen Zeit kam zur theokratischen Führung der Handel und damit verbunden das Rechtswesen (Verträge) hinzu. Jetzt könnte man von „Zweigliederung“ sprechen. 3. In der sogenannten Neuzeit, die mit dem 15. Jahrhundert begann, entwickelte sich ein weiteres selbständiges Gebiet des Soziallebens. Vornehmlich im 19. Jahrhundert wurden Industrie und Kapitalismus geschaffen. Das soziale Leben tritt seitdem als „Dreigliederung“ auf. Hier und nur hier entsteht die *Forderung nach Demokratie*.

Während im heutigen Einheitsstaat, der nach römischem Vorbild organisiert ist, abstrakte Staatsgesetze den Menschen unfrei einspannen, geht es bei der Forderung nach Demokratie um etwas ganz anderes. Hier will der Mensch aus den innersten Kräften seines Wesens heraus das soziale Leben bewußt gestalten. Er strebt ein Recht an, das Ausdruck eines von sozialer Einsicht erleuchteten Rechtsbewußtseins ist. Es beruht auf dem Gefühl des Ich für das andere Ich, auf der gegenseitigen Anerkennung der Menschenwürde. Nur so wird von wirklicher Freiheit im Sinne der neuzeitlichen Menschheitsforderungen gesprochen werden können. Die *Selbstverwaltung* ist ein wesentliches Element dieses Strebens. Das Ich des Einzelmenschen will in einer gewissen souveränen Art von sich aus den sozialen Organismus selber gliedern und gestalten.

Wenn dem nicht Rechnung getragen wird, empfindet der Mensch sich als entmündigt und seiner Menschenwürde beraubt. Wegen dieser Zielsetzung könnte man die *soziale Dreigliederung* eine *soziale Neugruppierung der Menschen aus den Ichkräften* nennen.

Rudolf Steiner hat einen Vortrag ganz dem Rechtsleben gewidmet.<sup>3</sup> Er geht zunächst der Frage nach, warum das Gebiet des Rechtes in den Erörterungen über soziale Probleme vergessen zu sein scheint. Man erkenne ganz richtig, daß die sozialen Mißstände darauf beruhen, daß die Menschen ihre *Fähigkeiten* nicht richtig anwenden könnten und daß die *Bedürfnisse* nicht angemessen befriedigt würden. Den Fähigkeiten liegt das *Vorstellen* zugrunde. Wer handeln will, muß eine Vorstellung darüber haben, was geschehen soll. Bei den Bedürfnissen

<sup>1</sup> Dreigliederung und Waldorfschule, Erziehungskunst 2/1996, S. 121 ff.

<sup>2</sup> Karl Heyer: Rechts- und staatsgeschichtliche Entwicklungslinien, Stuttgart 1922.

<sup>3</sup> Soziale Zukunft, GA 332a bzw. Tb 631, S. 76 ff.

liegt der *Wille* zugrunde. Bedürfnisse sind Ausdruck von Wünschen oder Begehren, die vom Willen ausgehen.

Nun liegt aber zwischen Vorstellen bzw. Denken und Willen das Gefühl. Indem man das Gefühl übersieht, läßt man das außer acht, worauf das Recht als Rechtsempfinden eigentlich beruht. Eine volle Berücksichtigung des *ganzen Menschen* müßte *Fähigkeiten, Gefühle* und *Bedürfnisse* für die soziale Struktur berücksichtigen.

„Wer das Gefühlsleben in seiner Menschheitsbetrachtung ausläßt, der läßt eigentlich jede Betrachtung über die wirklichen *Rechtsverhältnisse im sozialen Organismus* aus. So wie die Menschen gegenseitig zueinander fühlen, so ergibt sich, was öffentliches Recht ist. Es handelt sich darum, daß man gerade diese Rechtsfrage in das richtige Licht rückt.“<sup>4</sup>

„Aus den Tiefen der Menschennatur“ geht hervor seit der Mitte des 15. Jahrhunderts „...die Forderung nach Demokratie... Das demokratische Prinzip ist aus den Tiefen der Menschennatur heraus die Signatur des menschlichen Strebens in sozialer Beziehung in der neueren Zeit geworden. Es ist eine elementare Forderung der neueren Menschheit.“<sup>5</sup> Zusammenfassend läßt sich feststellen: Die Demokratie ist kennzeichnend und unerläßlich für das *Zeitalter der Bewußtseinsseele!*

Unmittelbar anschließend stellt Rudolf Steiner klar, welches *Bedeutung* und *Grenzen* des demokratischen Prinzips sind: „Das demokratische Prinzip besteht darin, daß die in einem geschlossenen sozialen Organismus zusammenlebenden Menschen *Beschlüsse* fassen sollen, die von jedem einzelnen hervorgehen.“ Damit können diese Beschlüsse nur dadurch bindend sein, daß sich *Majoritäten* ergeben. „Demokratisch wird, was in solchen Majoritätsbeschlüssen einläuft, nur dann sein, wenn jeder einzelne Mensch als einzelner Mensch dem anderen einzelnen Menschen als ein gleicher gegenübersteht... Das heißt: Es können nur Beschlüsse gefaßt werden auf demokratischem Boden, über die jeder mündig gewordene Mensch dadurch, daß er mündig ist, *urteilsfähig* ist... *Es kann nur dasjenige auf dem Boden der Demokratie beschlossen werden, was man einfach dadurch beurteilen kann, daß man ein mündig gewordener Mensch ist.*“<sup>6</sup>

Diese Voraussetzung trifft auf die beiden anderen Glieder des sozialen Organismus *nicht* zu! Im Geistesleben kommt es auf individuelle Erkenntnisse des Einzelnen an. Da die Fähigkeiten der Menschen notwendig verschieden sind, fehlt die unerläßliche Voraussetzung, die Gleichheit. *Über Erkenntnisse kann man nicht abstimmen!*

Im Wirtschaftsleben hängt alles von Sachverstand und Fachkenntnissen ab. Auch hier hat das Abstimmen nichts zu suchen, weil in dieser Hinsicht die Menschen ebenfalls nicht gleich sind. *Über Sach- und Fachfragen kann man nicht abstimmen!*

Diese Feststellung ist deshalb wichtig, weil man bei den Bedenken der Freunde öfters den Eindruck gewinnt, sie befürchteten, nun werde in Zukunft *alles* demokratisch durch Abstimmen entschieden. Davon kann überhaupt keine Rede sein!

In einem anderen Zusammenhang gibt es die folgende Aussage Rudolf Steiners: „Daß Demokratie restlos das Völkerleben durchdringen muß, sollte eine selbstverständliche Erkenntnis für alle sein, die einen offenen Sinn für das geschichtlich Gewordene haben“<sup>7</sup> Das heißt: Die *Rechtsprozesse* in jedem sozialen Organismus müssen grundsätzlich *demokratisch* ablaufen. Dabei geht es um alle Vorgänge, bei denen die Verhältnisse von Mensch zu Mensch gestaltet werden. An dieser Gestaltung müssen grundsätzlich alle mündigen Mitglieder eines sozialen Organismus bzw. der betreffenden Einrichtung gleichberechtigt mitwirken.

Praktisch heißt das: Die „Spielregeln“ der Zusammenarbeit, wie sie in Geschäftsordnungen, Satzungen, Statuten usw. zum Ausdruck kommen, gehen jeden an. Das gleiche gilt von allen personellen Entscheidungen, die demokratisch als Wahl vollzogen werden. Denn nur so können alle in gleicher Weise daran beteiligt werden.

*Schlußbetrachtung:* Wer die Zeitereignisse anteilnehmend verfolgt, kommt zu der Feststellung, daß zahlreiche uns alle schwer bedrückende Handlungen von Menschen erkennen lassen, daß die Verhältnisse der Menschen zueinander massiv gestört sind. Wer mithelfen will, daß die Anthroposophie ein *Kulturfaktor* werden möge, was kann der besseres tun als sich darum zu bemühen, daß die Anthroposophen exemplarisch allen Menschen vorführen, wie man die Verhältnisse von Mensch zu Mensch besser und harmonischer gestaltet, wie man Kontroversen unter voller Achtung der Menschenwürde bearbeitet und löst und wie man eine echte Streitkultur entwickelt?

*Es kommt darauf an, daß die Menschen „miteinander in Frieden auskommen können.“*<sup>8</sup> Das kann nur gelingen, wenn wir *ein auf selbständigem Boden gepflegtes Rechtsleben* ausbilden und weiterentwickeln.

<sup>7</sup> Staatspolitik und Menschheitspolitik, Tb 667, S. 127.  
<sup>8</sup> TB 631, S. 21.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 85.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 85.

## Bestellmöglichkeit von alten Rundbriefen

Immer wieder werden wir nach alten Nummern des Rundbriefes und zu Publikationen zu einzelnen Themengebieten gefragt. Da uns noch kleine Restbestände einiger Rundbriefnummern zur Verfügung stehen, können diese mit dem Bestellcoupon angefordert werden. Lieferung nur so lange, wie der Vorrat reicht! Bitte beachten Sie, daß als Inhalt jeweils nur die Hauptthemen eines Heftes angegeben sind.

✂

### Bestellcoupon

Bitte in Druckschrift ausfüllen und einsenden an die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“, C. Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Fax: (0711) 2360218.

Hiermit bestelle ich nachfolgend angekreuzte Rundbriefe:

(Kostenbeitrag je Rundbrief 5,- DM, zzgl. 3,- DM Porto Inland, 5,- DM Ausland).

- ✂ RB Nr. 1/92: Freiheit und Selbstverwaltung im Kulturleben - Gestaltungsfragen
- ✂ RB Nr. 3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein / Gesellschaft und Technik
- ✂ RB Nr. 4/92: Dreigliederung des sozialen Organismus und Ökologie / Europa: Stichwort „Subsidiaritätsprinzip“
- ✂ RB Nr. 1/93: Sozialkunde an der Waldorfschule / Dreigliederung und ökologische Frage
- ✂ RB Nr. 2/93: Krise des Sozialstaates / Schulaufsicht im modernen Rechtsstaat
- ✂ RB Nr. 3/4/93: Arbeitslosigkeit / Die Mitverantwortung des Verbrauchers im Wirtschaftsgeschehen
- ✂ RB Nr. 1/94: Bedürfnislohn oder Leistungslohn?
- ✂ RB Nr. 2/94: Aufgaben im „Superwahljahr“ 1994 und darüber hinaus / Die europäische Integrationsbewegung
- ✂ RB Nr. 3/94: Entwicklung des Geldwesens / Schulaufsicht / Minderheitenrechte
- ✂ RB Nr. 1/95: Sozialutopien
- ✂ RB Nr. 2/95: Ökosteuern / Antifaschismus
- ✂ RB Nr. 4/95: Heilimpulse für das Gesundheitswesen / Wie wirkt man für Dreigliederung? / Etat 96
- ✂ RB Nr. 1/96: Demokratie / Mitbestimmung

✂ Ich lege einen Scheck über den Kostenbeitrag für die Bestellung bei.

✂ Ich habe den entsprechenden Betrag überwiesen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01.

✂ Bitte senden Sie mir auch eine Literaturliste ausgewählter Dreigliederungsliteratur.

**Name:** .....

**Anschrift:** .....

### Rundbriefneubestellungen - Probenummern - Kostenausgleich:

✂ Ich beteilige mich noch am Kostenausgleich 1996 der Initiative „Netzwerk“ mit DM .....  
(Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01)

✂ Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt DM ..... /Jahr; Richtsatz DM 30,-; Kontonummer s. o.).

✂ Bitte schicken Sie mir ..... Expl. Probenummern des Rundbriefs zum Weitergeben (Werbung).

✂ Bitte schicken Sie eine Probenummer des Dreigliederungs-Rundbriefs an die folgende Adresse: .....

Datum/Unterschrift.....